



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
6. September 2018

Protokoll Nr. 20

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 26. April 2018, 08.15–11.40 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:

Ratspräsident András Özvegyi

Präsenz:

Anwesend sind 47 bzw. 48 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Peter With bis 10.00 Uhr

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.

Protokoll:

Andrea Müller

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen des Ratspräsidenten	3
2. Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge von Peter With)	4
3. Wahl des Vizepräsidiums der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge von Peter With)	4
4. Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge von Katharina Hubacher)	4
5. Interpellation 181, Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 1. März 2018: Situation der Hotelfachschule Luzern	5
6. Motion 74, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion vom 18. April 2017: Littau Zentrum entwickeln	5

7.	Interpellation 126, Rieska Dommann und Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 30. August 2017: Wie weiter mit dem Carparkplatz im Brüelmoos?	9
8.	Motion 89, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 17. Mai 2017: Mit mehr Grün gegen die Hitze	9
9.	Postulat 132, Korintha Bärtsch und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion vom 14. September 2017: Für ein Netz von Veloachsen in der Agglomeration Luzern	12
10.	Motion 133, Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Korintha Bärtsch und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 14. September 2017: Für ein Netz von Veloachsen in der Stadt Luzern	22
–	Dringliches Postulat 196, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion und Peter With namens der SVP-Fraktion vom 12. April 2018: Projektvergleich Parkhaus Musegg und Schwanenplatz-Metro öffentlich machen	22
–	Dringliche Interpellation 197, Marco Müller und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 12. April 2018: Bedenklicher Umgang der Stadt mit eigenen Immobilien	23
–	Dringliche Interpellation 198, Marcel Lingg und Urs Zimmermann namens der SVP-Fraktion vom 16. April 2018: Hausbesetzung Auf Musegg 1	32
11.	Postulat 172, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 21. Dezember 2017: Senkung der Eintrittspreise für das Hallenbad	32
12.	Interpellation 169, Simon Roth und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion vom 14. Dezember 2017: Auswirkungen der Statutenänderung von LuzernPlus auf die Stadt Luzern	40

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident András Özvegyi begrüsst die Anwesenden zur 20. Sitzung des Grossen Stadtrates. Wie immer beginnt er mit einem Zitat, heute das erste Mal mit einem Zitat einer Frau, denn er wurde durchaus zu Recht darauf hingewiesen, dass bisher immer Männer zu Wort kamen. Das Zitat lautet: «Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden». Es stammt von Rosa Luxemburg und gilt als demokratisch epochale Aussage. Rosa Luxemburg hatte diese Erkenntnis bereits vor 100 Jahren. Der Sprechende wünscht den Anwesenden eine interessante Sitzung mit vielen unterschiedlichen Meinungen von Andersdenkenden und respektvollen Diskussionen.

Unter den Gästen begrüsst der Sprechende speziell Adrian Cerdeira, der Informatiker im ersten Lehrjahr ist und im Auftrag der BBZW-Schule Sursee die heutige Sitzung verfolgt.

Zum ersten Mal als Protokollführerin ist Andrea Müller anwesend, welche schon längere Zeit in der Stadtkanzlei arbeitet und vereinzelt auch die Protokollierung von Ratssitzungen übernehmen wird. Der Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Simon Roth ist seit Anfang April Fraktionschef der SP/JUSO-Fraktion. Er hat die Nachfolge von Nico van der Heiden angetreten, welcher dieses Amt fast fünf Jahre lang ausübte. Simon Roth ist somit auch Mitglied der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates.

Der B+A 1/2018: «Temporäre Plakatierung vor Wahlen und Abstimmungen» wurde von der GPK zur Überarbeitung zurückgewiesen. Der Stadtrat opponiert dieser Rückweisung nicht; aus diesem Grund wurde der B+A nicht für die heutige Sitzung traktandiert.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen:

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit beim folgenden als dringlich eingereichten Vorstoss:

- **Dringliche Motion 194, Adrian Albisser und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 10. April 2018: «Bevölkerungsantrag zur täglichen Sport- und Bewegungsstunde mit Varianten ergänzen und als Bericht und Antrag behandeln»**

Der Stadtrat will die Motion zusammen mit dem Bevölkerungsantrag behandeln und verspricht, dass dies zügig geschehen soll. Der Sprechende fragt die Motionäre, ob sie an der Dringlichkeit festhalten.

Adrian Albisser: In der Bildungskommission wurde bereits kurz darüber diskutiert. Unter den Voraussetzungen, die der Bildungsdirektor dort angetönt und Ratspräsident András Özvegyi jetzt bekräftigt hat, sind die **Motionäre bereit, die Dringlichkeit zurückzuziehen.**

Ratspräsident András Özvegyi: Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit bei den drei folgenden als dringlich eingereichten Vorstössen nicht:

- **Dringliches Postulat 196, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion und Peter With namens der SVP-Fraktion vom 12. April 2018: «Projektvergleich Parkhaus Musegg und Schwanenplatz-Metro öffentlich machen»**
- **Dringliche Interpellation 197, Marco Müller und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 12. April 2018: «Bedenklicher Umgang der Stadt mit eigenen Immobilien»**

- **Dringliche Interpellation 198, Marcel Lingg und Urs Zimmermann namens der SVP-Fraktion vom 16. April 2018: «Hausbesetzung Auf Musegg 1»**

Der Sprechende fragt, ob jemand aus dem Grossen Stadtrat der Dringlichkeit dieser Vorstösse opponiert. – Er stellt fest, dass das nicht der Fall ist. Die Dringlichkeit dieser drei Vorstösse ist somit gegeben. Die Antworten werden jetzt verteilt. Die Vorstösse werden nach der Pause behandelt.

2 Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge von Peter With)

Ratspräsident András Özvegyi: Die SVP-Fraktion nominiert Thomas Gfeller als Nachfolger von Peter With für die GPK.

Thomas Gfeller wird als Mitglied in die GPK gewählt.

3 Wahl des Vizepräsidiums der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge von Peter With)

Ratspräsident András Özvegyi: Die SVP-Fraktion nominiert Mario Willimann als Nachfolger von Peter With als Vizepräsident der GPK.

Mario Willimann wird zum Vizepräsidenten der GPK gewählt.

4 Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge von Katharina Hubacher)

Ratspräsident András Özvegyi: Die G/JG-Fraktion nominiert Irina Studhalter als Nachfolgerin von Katharina Hubacher für die GPK.

Irina Studhalter wird als Mitglied in die GPK gewählt.

**5 Interpellation 181, Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 1. März 2018:
Situation der Hotelfachschule Luzern**

Michael Zeier-Rast bedankt sich beim Stadtrat für die wie versprochen schnelle Beantwortung der Interpellation. Die CVP-Fraktion hofft, dass der Zeitplan, den der Stadtrat vorgibt, eingehalten werden kann und für die Hotelfachschule nicht zu langsam ist. Die Fraktion wünscht, dass der Stadtrat bei wirtschaftlich relevanten Entwicklungen in der Stadt Luzern genug Sensibilität zeigt, um sie entsprechend zu begleiten, sodass sie zum Erfolg und zur Entwicklung der Stadt beitragen, auch wenn dies allenfalls etwas mehr zu tun gibt als anderswo.

Die Interpellation 181 ist somit erledigt.

**6 Motion 74, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion vom 18. April 2017:
Littau Zentrum entwickeln**

Der Stadtrat nimmt die Motion als Postulat entgegen.

Ratspräsident Andrés Özvegyi fragt die Erstunterzeichnete, ob sie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist.

Korintha Bärtsch ist damit einverstanden.

Ratspräsident Andrés Özvegyi: Da es sich um die Umwandlung einer Motion in ein Postulat handelt, ist die Diskussion gegeben. Das Wort hat die Erstunterzeichnete, falls sie es wünscht.

Korintha Bärtsch denkt, dass es nicht nötig ist, über den Vorstoss zu diskutieren, sofern kein Ablehnungsantrag besteht.

Roger Sonderegger möchte sich zum Vorstoss äussern, würde aber der Erstunterzeichneten den Vortritt lassen.

Korintha Bärtsch hätte nur einfach gerne darauf reagiert, wenn jemand den Vorstoss nicht hätte überweisen wollen. Wenn dies allenfalls später der Fall ist, wird sie einfach noch einmal sprechen. Zur Motion: Es ist erfreulich, in Littau geht es vorwärts. Im August 2018 werden die ersten Wohnungen an der Grossmatte bezugsbereit sein und auch auf dem Medici-Areal ein paar Meter weiter unten, Richtung Stadt Luzern, wird gebaut. Auch dort entsteht attraktiver Gewerbe- und Wohnraum. In Littau entsteht nicht nur ein neues Zentrum, sondern Littau wird auch ein gutes Stück ur-

baner. Es ist eine massive Dichte, die im Zentrum von Littau entstehen wird. So stark wie an wenigen Orten, auch in der Kernstadt Luzern. Der heutige Charakter des Strassenraums der Luzernerstrasse entspricht überhaupt nicht einem verdichteten Zentrumsraum, einem verdichteten Quartier mit gemischter Nutzung, mit Gewerbenutzung im Erdgeschoss, Restaurants, Cafés, Läden, so wie es an der Luzernerstrasse vorgesehen ist, wie es im Masterplan schon vorgesehen war. Nun wollten die Motionärin und der Motionär den Stadtrat zehn Jahr später noch einmal ein wenig «anstüpfen», jetzt auch wirklich vorwärtsgehen und den Strassenraum der Nutzung entsprechend zu gestalten und zu attraktivieren, eine Siedlungsorientierung der Strasse herzustellen, die Trennwirkung zu durchbrechen, Aufenthaltsqualität und öffentliche Räume zu schaffen. Die Sprechende glaubt, dass sie, der Motionär und der Stadtrat sich im Prinzip einig sind. Der Stadtrat sagt auch, dass er vorwärts machen will, und das soll keineswegs gebremst werden. Die G/JG-Fraktion findet es gut, wenn man mit einem Betriebs- und Gestaltungskonzept vorwärtsgeht. Es soll kein Umweg gemacht werden über einen Planungsbericht. Deswegen ist sie mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden, damit das Tempo gehalten werden kann. Bezüglich Tempo auf der Strasse möchte die G/JG-Fraktion weiterhin daran festhalten, dass die Luzernerstrasse verkehrsberuhigt werden kann. Es muss Tempo rausgenommen werden, sodass es attraktiv ist, nebenan zu sitzen und einen Kaffee oder ein Feierabendbier zu trinken. Die G/JG-Fraktion möchte den Stadtrat auffordern, im Betriebs- und Gestaltungskonzept Tempo 30 vorzusehen, auch als Lärmschutzmassnahme für die Anwohnerinnen und Anwohner der Luzernerstrasse. Es ist eigentlich eine attraktive Wohnlage, der Lärm macht sie aber ein wenig unattraktiver, vor allem wenn man daheim Erholungsphasen haben möchte. Gerade in den letzten Wochen ist viel gegangen bezüglich Tempo 30 als Lärmschutzmassnahme. Einerseits bestätigte das Bundesgericht, dass Tempo 30 auch auf verkehrsorientierten Kantonsstrassen im übergeordneten Strassennetz als Lärmschutzmassnahme möglich sein soll. Tempo 30 ist eine Lärmschutzmassnahme, die sehr effektiv und effizient ist. Die Sprechende glaubt, dass andere Städte wie Köniz oder Kriens vorzeigen, dass Tempo 30 mit einer verkehrsberuhigten Gestaltung der Strasse die Strassengestaltung der Zukunft ist.

Deswegen ist die G/JG-Fraktion mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden, möchte den Stadtrat aber wirklich auffordern, Tempo 30 beim Kanton einzufordern.

Gemäss **Roger Sonderegger** tönt es bei der CVP-Fraktion relativ ähnlich wie bei der G/JG-Fraktion. Auch die CVP-Fraktion ist damit einverstanden, dass der Stadtrat aus der Motion ein Postulat macht und ein Betriebs- und Gestaltungskonzept anstatt einen Planungsbericht auf die Beine stellt. Diesen braucht es wirklich nicht.

Der Dorfplatz war bereits 2008 ein grosses Thema und zwar nicht zum ersten Mal. Das zweitplatzierte Projekt des Wettbewerbs Areal Neuhushof hätte in Aussicht gestellt, eine Neukonzeption und eine Neugestaltung des Platzes zusammen mit dem Areal zu verwirklichen. Aber weil es eben nur den zweiten Platz erhielt, ist das nicht geschehen. Jetzt wird es weiter in die Zukunft verschoben.

Der Stadtrat sagt, er lege die Priorität auf die Luzernerstrasse. Die CVP-Fraktion kann damit leben, aber es ist für sie nicht vom Tisch. Sie wird das Thema wieder einbringen. Sie will jetzt aber den Stadtrat bei seiner Prioritätensetzung nicht ausbremsen. Der Handlungsbedarf ist im Moment an der Luzernerstrasse tatsächlich höher. Inhaltlich findet aber die CVP-Fraktion die Planung, wie sie

auf dem Dorfplatz angedacht ist, falsch. Es ist angedacht, dass der Platz auf die Kantonsstrasse, vor die Kirche, verschoben werden soll. Das ist eine kantonale Schwerverkehrsachse. Dort kann man keine Aufenthaltsqualität herstellen. Vielversprechender wäre es hinten, zwischen Ochsen und Neuhushof, auf dem existierenden Platz, wo es praktisch gar keinen Verkehr hat. Heute ist dort eine Verkehrsinsel, es gibt Parkplätze, einen Kreisel, hohe Trottoirkanten, die man mit einem Kinderwagen oder mit einem Rollstuhl schlecht überwinden kann. So sollte ein Platz heute nicht mehr aussehen. Wenn der Platz dereinst wieder ein Thema werden sollte, würde die CVP-Fraktion gerne mitgeben, dass er sicher nicht auf die kantonale Schwerverkehrsachse vor den Ochsen und die Kirche gehört.

Zwei, drei Überlegungen zum Betriebs- und Gestaltungskonzept: Die CVP-Fraktion findet es erfreulich, dass die Zusammenarbeit mit der Eigentümerschaft einen guten Anfang nahm. Man hat es ja mit Privateigentum zu tun, es werden nicht öffentliche Räume ausserhalb der Strasse geplant. Es ist doch eher selten, dass die Stadt einen halbprivaten Raum beplanen will und dies gleich so gut funktioniert. Das ist sehr erfreulich. Nebenan gibt es die Wohnliegenschaft der Baugenossenschaft Matt, den Wohnturm Fanghöfli, auch diesen müsste man in die Planung einbeziehen. Der Sprechende wird sich dafür einsetzen, dass das passiert. Die CVP-Fraktion ist gespannt, was ein Betriebs- und Gestaltungskonzept überhaupt leisten kann. Die Gestaltung ist eigentlich bereits vorgegeben; mit Alleebäumen, mit der Breite der Strasse, mit den Vorplätzen, mit den Bebauungskanten. Ein richtig grosser Spielraum ist ausserhalb der Tempogestaltung gar nicht vorhanden. Ganz wichtig ist aber – Korintha Bärtsch erwähnte es: Die Grossmatte West wird bezogen und wird eine 2er-Migros beinhalten. Es wird von den Wohngebieten, die im Norden der Strasse liegen, sehr viel Fussverkehr auf die Grossmatte geben, die im Süden liegt. Es gibt jedoch keine Fussgängerquerungsmöglichkeit, die halbwegs gut funktioniert. Dort ist deshalb ein sehr hoher Handlungsbedarf gegeben, es sind zirka 200 m Strassenabschnitt, auf dem heute sehr viel wild gequert wird, auf einer Tempo-50-Strasse, die sehr breit ist. Dort muss sicher etwas passieren. Wenn die Migros aufgeht, wird es grossen Handlungsbedarf geben. Für die CVP-Fraktion ist also klar: Mehr Fussgängerstreifen wären das Minimum, das sie sich vorstellen kann. Tempo 30 wäre aber aus Sicht des Sprechenden eher das Richtige. «Lebensverlängernde Massnahmen» sagte kürzlich jemand der Grünen, das gefiel ihm sehr gut. Lärm, Luft, Sicherheit: Das sind wichtige Themen, wenn man so dicht ans Werk geht wie in Littau. Es ist übrigens nicht nur die Grossmatte West im Bau. Wenn jemand der Anwesenden wieder einmal nach Littau kommt: genau vis-à-vis gibt es auch eine Baustelle, beim Wohnturm Fanghöfli, Medici ist ebenfalls am Bauen. Es geht nun sehr schnell sehr viel. Das heisst, dass in Zukunft sehr viel mehr Fussgängerinnen und Fussgänger unterwegs sein werden. Dass die Lärmsanierungsfrist nach mehreren Jahrzehnten abgelaufen ist, führte Korintha Bärtsch bereits aus. Das Bundesgericht bestätigte diese Haltung. Die kantonale Haltung, dass Tempo 30 auf kantonalen Strassen in der Siedlung nicht eingeführt werden könne, ist nach Ansicht des Sprechenden eine Haltung, die keine Zukunft hat. In diesem Sinne kann sich der Stadtrat beim Kanton gerne noch einmal eingeben.

Fazit: Die CVP-Fraktion ist einverstanden mit der Umwandlung in ein Postulat. Sie bringt den Dorfplatz zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf die Agenda. Sie fordert den Stadtrat auf, sich noch einmal – jetzt anhand dieses Beispiels – für Tempo 30 beim Dorfplatz von Littau, also an der Luzernerstrasse, einzusetzen.

Als PS: Die Luzernerstrasse hat noch weitere, sehr gefährliche Übergänge: am Rönimoos, beim Michaelshof, bei der Bushaltestelle Blattenmoos. Auch dort besteht sehr dringender Handlungsbedarf. Der Sprechende denkt, dass dies dem Stadtrat bewusst ist. Es wäre aber wieder einmal ein günstiger Zeitpunkt, um es bei der Strasseneigentümerin zu thematisieren.

Nico van der Heiden bedankt sich bei der Motionärin und beim Motionär, dass sie das Thema der stadträumlichen Entwicklung des Stadtteils Littau wieder einmal aufgenommen haben. Es ist in der Tat wichtig, dass man genau hinschaut, denn – es wurde erwähnt – in diesem Stadtteil passiert sehr viel. Es wird auch noch sehr viel passieren in naher Zukunft. Es wird sehr viel gebaut, deshalb ist es wichtig, dass man die Weichen jetzt stellt, möglichst von Anfang an, oder gerade noch so knapp am Anfang. Der SP/JUSO-Fraktion macht immer noch der Verkehr insgesamt im Stadtteil Littau grosse Sorgen. Die Stadt bewilligt weiterhin ziemlich viele Bauprojekte mit – aus SP/JUSO-Sicht – ziemlich vielen Parkplätzen. Eigentlich weiss man noch gar nicht so recht, wohin mit all diesem Verkehr, der dort generiert wird. Auch die Aussenraumgestaltung der heutigen Luzernerstrasse, des Vorplatzes Fanghöfli und des Dorfplatzes ist eine echte Herausforderung. Für die SP/JUSO-Fraktion ist auch sehr klar, dass die möglichst kurzfristige Zukunft der Luzernerstrasse bei Tempo 30 liegt. Der Sprechende meint, dass es gute Beispiele anderer Schweizer Städte und Gemeinden gibt, welche auch sehr breite Strassen erfolgreich zu schönen Tempo-30-Zonen umgewandelt haben. Das wäre aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion zwingend notwendig. Insofern geht die Fraktion mit der Motionärin und dem Motionär einig, dass die Stadt hier einen Beitrag leisten muss. Vielleicht noch eine Spur aktiver als in der Vergangenheit, vielleicht auch mit dem erwähnten Druck beim Kanton.

Die SP/JUSO-Fraktion ist einverstanden mit der Überweisung als Postulat.

Baudirektorin Manuela Jost dankt für die Bereitschaft, die Motion als Postulat zu überweisen. Das Thema Tempo 30 ist nicht ad acta gelegt, das sagt auch der Stadtrat. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula und sein Team sind in Abklärung und im Gespräch mit dem Kanton. Die Sprechende glaubt, dass der Bundesgerichtsentscheid etwas Wegweisendes hat. Es wurde bereits gesagt: Es gibt verschiedene Beispiele, die durchaus die Möglichkeiten aufzeigen, wie auf Kantonsstrassen gewisse gestalterische und beruhigende Elemente eingeführt werden können. Die Sprechende dankt für das Verständnis, dass der Dorfplatz nicht erste Priorität hat. Er ist aber für den Stadtrat nach wie vor ein wichtiges Thema. Die spezifische Platzierung des Dorfplatzes wird in den konkreten Gestaltungsüberlegungen Eingang finden. Aber es ist beim Stadtrat so angekommen, er wird es sicher noch einmal genauer anschauen. Dass die Baugenossenschaft Matt in die Gestaltung des Quartierzentrums Fanghöfli einbezogen werden soll, nimmt die Sprechende ebenfalls mit. Auch bezüglich Fussgängerüberquerungen sieht der Stadtrat Handlungsbedarf und ist im Gespräch. Er wird versuchen, mit den vorhandenen Ressourcen so schnell wie möglich vorwärtszugehen.

Somit ist die Motion 74 als Postulat überwiesen.

**7 Interpellation 126, Rieska Dommann und Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 30. August 2017:
Wie weiter mit dem Carparkplatz im Brüelmoos?**

Gemäss **Rieska Dommann** begrüsst die FDP-Fraktion eine klare räumliche Trennung des Parkplatzes Brüelmoos in einen Bereich für PKW-Parkierung und einen Bereich für Carparkierung sehr. Im letzten Sommer zeigte sich, dass die umgesetzten baulichen Massnahmen ungenügend waren. Trotz dieser Massnahmen wurden widerrechtlich Cars in sehr grosser Anzahl im Bereich der PKW-Parkplätzen abgestellt, was von den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern zu Recht kritisiert wurde. Die FDP-Fraktion erwartet deshalb, dass mit Beginn der Tourismussaison 2018, d. h. jetzt, wirksame Massnahmen umgesetzt werden, die es den Cars verunmöglichen, weiterhin widerrechtlich die PKW-Parkplätze zu benützen.

Die Interpellation 126 ist somit erledigt.

**8 Motion 89, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 17. Mai 2017:
Mit mehr Grün gegen die Hitze**

Der Stadtrat nimmt die Motion entgegen.

Ratspräsident András Özvegyi fragt, ob es aus dem Parlament einen Ablehnungsantrag gibt.

Urs Zimmermann: Gerade mal vorab: Die SVP ist überhaupt nicht gegen Grünflächen. Auch für die SVP sind Wiesen, Gewässer, Bäume usw. wertvoll und tragen wesentlich zur hohen Aufenthaltsqualität bei. Das bereits bestehende Energiereglement hat folgenden Grundsatz: Die Stadt Luzern setzt sich aktiv für den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein. Mit dem Aktionsplan werden 17 verschiedene Massnahmen aufgezeigt und umgesetzt. 2021 wird der Aktionsplan wieder angepasst. Dass die Stadt Luzern den weltweiten Klimawandel nicht massgeblich beeinflussen kann, sollte allen klar sein. Der Sprechende weiss, dass es jetzt wieder von links-grüner Seite heissen wird, man müsse im Kleinen anfangen. Das ist eigentlich richtig, aber der Sprechende wird es den Angesprochenen gerne wieder einmal sagen, wenn sie mit dem Flugzeug in die Ferien fliegen. In der vorliegenden Motion fordert man jetzt eine Klimaanpassungsstrategie und Massnahmen, welche die thermische Belastung der Stadtbevölkerung erträglich machen sollen. Die SVP-Fraktion ist jedoch klar der Meinung, dass dies mit dem bestehenden Energiereglement bereits erfüllt wird. Es werden nämlich die Ursachen der Erwärmung, die Treibhausgasemissionen, bekämpft. Die technischen Lösungen zur Vermeidung von Wärmeinseln sind ja bereits bekannt: Förderung der Vegetation (Bäume, Parks, Gärten, Begrünung von Dächern und z. B. auch von Parkplätzen –

wenn die Parkplätze begrünt sind, wäre es plötzlich wieder gut, Parkplätze zu haben); Bevorzugung klimaangepasster Pflanzenarten; Verwendung von hellen Materialien, die wärmereflektierend sind; Schaffung von Wasserflächen usw. Im bestehenden Bau- und Zonenreglement sind die Grundlagen dafür ganz klar gegeben. Zudem kann man auch davon ausgehen, dass die Stadtentwicklung für dieses Thema sensibilisiert ist.

Aus diesem Grund ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass es die Strategie nicht braucht und die allfälligen Massnahmen in den Aktionsplan integriert werden können.

Die SVP-Fraktion wird deshalb einen **Ablehnungsantrag** für diese Motion stellen.

Korintha Bärtsch möchte nicht über den Klimaschutz sprechen. Die Motion fordert eigentlich etwas ganz anderes. Urs Zimmermann führte es aus, nur ist es leider nicht so einfach. Zur Veranschaulichung, um was es geht: Wenn man global grosse Anstrengungen unternimmt, kann die globale Erwärmung auf zwei Grad begrenzt werden. Auf zwei Grad im Durchschnitt, das heisst für die Schweiz, dass es bis zu vier Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit sein kann. Es kann aber auch sechs Grad wärmer sein als vorher. Dafür gibt es eine einfache Erklärung. Es ist schön, wenn man es einordnen kann, dies gibt einem eine gute Vorstellung: Über 70 Prozent der Erde sind mit Wasser bedeckt. Der globale Durchschnittstemperaturanstieg ist bei nur zwei Grad, weil Wasser eine sehr hohe Wärmekapazität hat, also sehr viel Wärme aufnehmen kann. In der Schweiz mit wenig Wasserfläche kann der Temperaturanstieg im Durchschnitt bei bis zu sechs Grad liegen. Im Durchschnitt heisst, dass es grosse Ausschläge von sehr vielen Hitzetagen gibt, bei denen man in der Nacht nicht mehr kühlen kann. Die Sprechende glaubt, dass Urs Zimmermann begriffen hat, was es alles dazu braucht. Das Problem ist aber, dass es nicht so einfach ist. Es ist nicht so einfach, irgendwo einen Baum hinzustellen, und dann ist die Sache erledigt. Es braucht eben wirklich Anstrengungen dafür, weil es zum Teil Konflikte gibt – raumplanerische Aspekte wie Verdichten, eine Strasse zu wollen usw. Es gibt verschiedene Interessen, wie zum Beispiel eine bessere Windzirkulation und die entsprechende Ausrichtung der Gebäude. Die Sprechende glaubt, dass es schwierig ist, ein Gebäude anders hinzustellen, wenn auf der Südseite der See und die schöne Aussicht sind. Dann stellt man das Gebäude nicht so hin, wie es von der Windzirkulation her eben richtig wäre. Aber es ist wichtig, dass man ein Optimum findet, dass man die verschiedenen Interessen irgendwo zusammenbringen kann und dass man wirklich schaut, was wo richtig ist. Vielleicht einfach noch als Blick zurück: Die Altstadt ist nicht einfach so entstanden, weil einige Leute Lust hatten, die Häuser irgendwie hinzustellen. Es ist einiges an Konzept hinter der Altstadt, wie sie gebaut ist, wo die Häuser stehen. Man merkt nur schon, wenn man auf den einzelnen Plätzen wie zum Beispiel auf dem Weinmarkt steht, was für eine geniale Akustik dort mit der Gebäudeorientierung geschaffen wurde. Es ist nichts Neues, wenn man sich überlegt, wie man die Gebäude strategisch richtig hinstellt und wie man die Grünflächen und die Wasserflächen gestaltet. Dazu braucht es eine Strategie. Man muss wissen, um was es geht, und man muss es mit anderen Interessen abgleichen können. Dies ist nicht einfach etwas, das die Stadtentwicklung aus dem Ärmel schütteln und nebenbei machen kann. Deswegen hält die G/JG-Fraktion sicher an dieser Motion fest und möchte, dass der Stadtrat eine solche Stadtklimaanalyse angeht und eine Strategie dazu macht, wie man die Stadt Luzern in den nächsten fünf, zehn oder zwanzig Jahren planen und bauen will.

Nora Peduzzi: Wahrscheinlich kennen es alle – eine laue Sommernacht und man sitzt irgendwo bis lange nach Mitternacht auf einer Dachterrasse von Luzern, ohne dass man einen Pulli holen müsste. Es werden Erinnerungen an Ferien im Süden wach, und man kann kaum glauben, dass man in Luzern ist und nicht irgendwo am Mittelmeer – es fehlt fast nur noch das Meeresrauschen, und die Täuschung wäre perfekt. In solchen Momenten geniesst man meist einfach, und das ist glücklicherweise auch erlaubt. Aber eigentlich sollten einem solche Ereignisse Sorgen bereiten und einen wachrütteln. Die beschriebene Szenerie stellt nämlich die wohl einzige angenehme Folge des Klimawandels dar.

In der Stellungnahme des Stadtrates zur vorliegenden Motion werden die Ausprägungen und Folgen des Klimawandels gut dargestellt – sowohl auf globaler wie auch auf lokaler Ebene. Und es kommt vor allem hervor, wie auch gerade Korintha Bärtsch sagte, dass eben die Schweiz und vor allem die Städte in der Schweiz besonders betroffen sind. Grundsätzlich ist es sicher sinnvoll, den Fokus auf den Klimaschutz, also auf die Reduktion von Treibhausgasemissionen, zu richten. Dennoch erscheint es mehr als angebracht, die bestehenden Lücken bei den Massnahmen zur Klimaanpassung zu schliessen und so der Bevölkerung der Stadt Luzern – vor allem auch älteren Menschen, kleinen Kindern und Menschen, die im Freien arbeiten – und den Gästen weiterhin einen thermisch möglichst angenehmen und gesunden Lebensraum zu bieten.

Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat die Motion entgegennehmen will, und erachtet es als sinnvoll, den Prozess so zu gestalten, dass die Massnahmen tatsächlich in die BZO-Revision einfließen können.

Die SP/JUSO-Fraktion stimmt der Entgegennahme der Motion zu.

Roger Sonderegger: Der Klimawandel ist bei der CVP-Fraktion weit oben auf der Agenda. Sie kennt die Resultate der Wissenschaft und weiss, dass die Stadt Luzern die geeigneten Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses traf. Da ist die Stadt Luzern stark unterwegs. Heute geht es aber um ein anderes Thema, nämlich um die Anpassung der Stadt. Der Sprechende hatte einst Klimatologie, dort war er nie stark, doch ein Satz des Klimaprofessors ist ihm geblieben. Dieser sagte: Die Stadt ist eine trocken-raue Wärmeinsel. Etwa so sagt es auch der Stadtrat. Wenn man heute die Schweizer Städte anschaut, sind sie nicht nur wärmer als das Meer, sondern auch sehr viel wärmer als ihr Umland. Im letzten Sommer zeigten Messungen in Zürich, dass die Stadt ungefähr sechs Grad wärmer als das Umland war. Der Handlungsbedarf in der Stadt ist ungleich grösser. Man kann dies nicht einfach einer nationalen oder internationalen Klimaanpassungsstrategie überlassen. Es braucht in den Städten am meisten Massnahmen. Das Problem ist erkannt. Die Frage ist nun, wie man damit umgeht. Der Rat hörte nun sehr schön die beiden Pole. Die einen fordern einen Bericht, das ist begründet mit ganz dringendem Handlungsbedarf. Die anderen, vertreten durch die SVP und Urs Zimmermann, sagen, dass das Problem erkannt sei, man könne es aber auch anders lösen als mit einem Planungsbericht. Die CVP-Fraktion hat sich mit diesem Thema intensiv auseinandergesetzt, in der Fraktion gibt es mehrere Haltungen, und deshalb wird sie im Rat mehrere Haltungen vertreten. Die Fraktionsmitglieder, welche die Motion überweisen werden, tun das mit den Argumenten, die Korintha Bärtsch und Nora Peduzzi ausgeführt haben. Jene, die sie ablehnen, sind der Meinung, dass die Planungen in andere Planungsprozesse einfließen können und dass nicht ein separater Planungsbericht dazu erstellt werden muss. Ohne zu negieren, dass der Klimawandel die Stadt Luzern auch betrifft.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: In der mediterranen Ausführung von Nora Peduzzi fehlte der Klang der Mittelmeermöwen. Diese sind ja bereits hier eingetroffen, sie brüten seit 2007 in der Stadt Luzern. Das ist es, was man als Meergefühl empfindet. Der Stadtrat möchte den Planungsbericht zügig erarbeiten. Er will nicht auf den Aktionsplan warten. Dort ist der Fokus – und der Fokus der gesamten Arbeit – bei der Reduktion des Treibhausgasausstosses. Die Stadt Luzern hat diesbezüglich eine riesige Aufgabe. Sie muss etwa auf einen Fünftel des heutigen Ausstosses kommen. Das macht man nicht von einem Jahr aufs andere, deshalb gibt es die Aktionspläne. Der aktuelle Aktionsplan läuft, der nächste wird ungefähr 2021 kommen. Der Stadtrat will nicht so lange warten. Es gehört zur Verantwortung einer weitsichtigen Politik, sich auf Veränderungen proaktiv einzustellen. Deshalb will der Stadtrat schnell handeln. Urs Zimmermann zählte einige Mittel auf. Aber es ist natürlich völlig richtig: Die Stadt Luzern muss die Anliegen gut mit anderen bestehenden Anliegen abstimmen. Der Stadtrat muss sich überlegen, ob er Elemente in die BZO-Revision einfliessen lassen kann. Es ist einigen Personen bekannt – aber längst nicht allen, das Thema ist noch nicht angekommen –, was das Thema für die zukünftige Stadtgestaltung wirklich ganz genau bedeutet. Im Wettbewerb zum ewl-Areal hat man eine externe Nachhaltigkeitsprüfung gemacht. Dort war Windzirkulation ebenfalls ein Thema. Eines der Wettbewerbsprojekte ist nicht nur architektonisch, sondern auch bezüglich Windzirkulation durchgefallen. Aber es ist noch nicht Standard, die Windzirkulation zu berücksichtigen. Deshalb ist es richtig, dass man zügig eine Anpassungsstrategie macht, diese Massnahmen zusammenträgt und sich überlegt, wie man mit der Situation umgeht. Aber immer unter dem Aspekt, dass die erste Priorität der Stadt Luzern nach wie vor darin liegt, einen Beitrag gegen die Klimaerwärmung zu leisten. In diesem Sinne möchten der Sprechende und der Stadtrat die Ratsmitglieder auffordern, die Motion zu unterstützen, damit die Aufgabe ausgelegt und wahrgenommen werden kann. Der Stadtrat möchte dies zügig tun, damit es in die BZO-Revision einfliessen kann, falls man dort Regelungsbedarf sieht. Der Stadtrat wird damit zudem ein gutes Instrument haben, das die Stadt Luzern in der zukünftigen Beurteilung von Entwicklungen und Bauprojekten begleitet. Der Sprechende bittet die Ratsmitglieder, die Motion zu überweisen.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 89.

**9 Postulat 132, Korintha Bärtsch und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion vom 14. September 2017:
Für ein Netz von Veloachsen in der Agglomeration Luzern**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

In den folgenden Voten wird zum Teil bereits auch auf Motion 133 (Traktandum 10) Bezug genommen.

Korintha Bärtsch ist einverstanden mit der teilweisen Entgegennahme.

Sie führt aus, dass sie sich nicht nur zu Traktandum 9 (Postulat 132), sondern auch zu Traktandum 10 (Motion 133) äussern wird. Vom Thema her können die beiden zusammengefasst werden. Die G/JG-Fraktion ist überhaupt nicht zufrieden mit der stadträtlichen Antwort zu diesen beiden Vorstössen. Bis 2020 will der Stadtrat den Veloanteil auf vier Prozent verdoppeln, bis 2035 sollen es zehn Prozent aller Verkehrsteilnehmenden sein, die Velo fahren. Um diese Ziele zu erreichen, braucht es Anreize, damit die Menschen Velo fahren. Einer dieser Anreize ist sicher eine bessere Veloinfrastruktur, sodass Velofahren nicht mehr so gefährlich ist wie heute und die Verkehrssicherheit erhöht werden kann. Die G/JG- und die SP/JUSO-Fraktion haben die Vorstösse eingereicht, damit die Lücken im Velowegnetz endlich geschlossen werden und die Velostreifen eben nicht dort aufhören, wo es gefährlich wird. Das wäre die kurzfristige Massnahme, dieses Lückenschliessen. Sie haben die Vorstösse aber auch eingereicht, weil eine gute Veloinfrastruktur eben nicht nur darin besteht, Lücken von Velostreifen zu schliessen. Wenn man in Zukunft viel mehr Menschen auf dem Velo haben möchte – also die zehn Prozent jemals erreichen will – und viel mehr Menschen mit dem Velo unterwegs sein sollen, braucht es eben viel mehr Platz als den schmalen Velostreifen, den man heute kennt. Es braucht Platz, um zu überholen. Es braucht Platz, um schnell von A nach B zu kommen. Es ist bekanntlich so, dass nicht alle Velofahrerinnen und Velofahrer Pläuschler sind, die es toll finden, gemächlich durch die Begegnungszonen zu fahren. Es ist genau wie beim Auto: Wenn man als Alltagsvelofahrerin oder -velofahrer schnell unterwegs sein will, sind solche Begegnungszonen nicht das, was man will, sondern man will mindestens Tempo 30 fahren können. Die Aufwertungsmassnahmen, die in der Stadt gemacht wurden, wie z. B. der Löwengraben, sind etwas Tolles für die Stadtgestaltung. Aber für die Velofahrenden ist es nicht das, was man eigentlich will, denn man ist in Koexistenz mit den anderen Verkehrsteilnehmenden und ist eigentlich dazu angehalten, das Velo zu stossen. Dies zur Verkehrssituation der Velofahrenden.

Mit dem E-Bike ist man noch schneller, und für das Überholen – das hat auch Pro Velo kürzlich herausgegeben – braucht man viel mehr Platz, damit eine normale Velofahrerin und eine E-Bike-Velofahrerin sich gleichzeitig auf der Strasse bewegen können. Jetzt schreibt der Stadtrat in seinen Antworten auf die Vorstösse, dass er eigentlich alles schon macht, dass er dran sei, es gehe schön vorwärts. Die G/JG- und die SP/JUSO-Fraktion haben die Vorstösse aber auch eingereicht, weil sie die Velopolitik im Moment eher als zäh und langsam empfinden.

Zum Richtplan leichter Zweiradverkehr kann man in der Antwort des Stadtrates lesen, dass daraus – obwohl er jetzt nach zehn Jahren schon wieder in Überarbeitungsreife ist – nur wenige Massnahmen umgesetzt werden. Der G/JG-Fraktion fehlen die Geduld und das Vertrauen darauf, dass es in naher Zukunft weitergeht. Ihr fehlt die Geduld, weil der angesprochene Aktionsplan Fuss- und Veloverkehr eigentlich schon lange versprochen war, aber keine Priorität hatte und hinausgeschoben wurde. Der Grosse Stadtrat kann nun vielleicht Ende 2018 darüber beraten. Den anderen Teil hat die Sprechende bereits angesprochen: Der Stadtrat bringt einen Aktionsplan Fuss- und Veloverkehr. Warum nicht einen Aktionsplan Veloverkehr? Auf der Hirschmattstrasse wurden zahlreiche Fussgängerstreifen saniert, man hat Mittelinseln eingebaut. Weil die Mittelinseln nun dort drin sind, hat es bei diesen Fussgängerinseln keinen Platz mehr für einen Velostreifen. Diesen hat man einfach ausradiert. Weil nun bei diesen Fussgängerstreifen viel weniger Platz vorhanden ist, schnei-

den die Autos den Velos den Weg ab. Bei Pro Velo gibt es immer wieder Rückmeldungen von Velofahrenden, die sich an diesen Fussgängerstreifen wegen der Autos in gefährlichen Situationen wiederfinden. Es kann ja nicht sein, dass man Massnahmen ergreift, die für die Fussgängerinnen und Fussgänger gut sind, aber für die Velofahrenden einen extremen Nachteil und eine negative Auswirkung für die Sicherheit haben. Deswegen fragt sich die G/JG-Fraktion, ob die Velofahrenden sich von Anfang an immer wieder mit Kompromissen mit den Fussgängerinnen und Fussgängern auseinandersetzen sollen, obwohl sie mit gewissen Veloachsen gar nicht wirklich zufrieden sind und einiges hätten besser machen wollen.

Bezüglich überkommunalem Netz: Da ist die stadträtliche Haltung sehr zahm und nicht kämpferisch. Der Stadtrat sagt, er sei bereit, die K5-Gemeinden anzugehen und – wenn man etwas mache – in der Erarbeitung mitzuwirken. Ob man mit einer teilweisen Überweisung da wirklich weiterkommt, ist sich die G/JG-Fraktion nicht sicher. Aber es bleibt ihr im Moment nicht viel anderes übrig. Stadt und Kanton haben bezüglich Velo- und Verkehrsplanung im städtischen und Agglomerationsraum das Heu nicht auf derselben Bühne. Die Sprechende glaubt, dass der Weg so aussieht, dass man immer wieder die Zusammenarbeit sucht, damit man zusammen weiterkommt und auch die Stadt weiterbringen kann. Auch wenn es schwierig ist: Man muss es immer wieder angehen. Steter Tropfen höhlt den Stein, wie es so schön heisst. Der Stadtrat vertröstet die G/JG- und die SP/JUSO-Fraktion mit dem Aktionsplan Fuss- und Veloverkehr auf die Überarbeitung des Richtplans leichter Zweiradverkehr. Der Richtplan kann ein erster Schritt sein, aber nachher muss sich der Grosse Stadtrat über die Finanzierung unterhalten. Das heisst, es geht sicher in eine zweite Runde. Die G/JG-Fraktion hätte heute gerne Nägel mit Köpfen gemacht und erreicht, dass der Stadtrat einen Bericht mit einem Planungskredit erstellt. Sie hätte gerne beschlossen, dass der Stadtrat die Strategie macht, das Velo vorwärtsbringt und eben auch gerade gesagt hätte, dass er die finanziellen Mittel für die kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen beantragen wird. Gerne hätte die G/JG-Fraktion deshalb mit der vollständigen Überweisung etwas mehr Geschwindigkeit in die Velopolitik gebracht. Das wird heute aber keine Mehrheit finden. Deshalb lässt sie die Tauben auf dem Dach und nimmt den Spatz in der Hand. Bezüglich Aktionsplan Fuss- und Veloverkehr hat die Fraktion aber grosse Erwartungen und hofft, dass der Stadtrat diese Erwartungen auch erfüllt. Für ein überkommunales Netz möchte die G/JG-Fraktion den Stadtrat noch einmal auffordern, eben nicht nur bei den K5-Gemeinden vorstellig zu werden, sondern immer auch wieder beim Kanton. Eine Stellungnahme zum Bauprogramm genügt nicht. Er muss den Kanton ins Boot holen und bekräftigen, dass er eine neue Strategie für die Veloinfrastruktur in der Stadt und Agglomeration Luzern will. Er will nicht nur auf den Kantonsstrassen Velolücken schliessen, sondern eben eine Vision erarbeiten, die Velobahnen, Veloachsen und eine Feinverteilung der Velostreifen vorsieht.

Reto Kessler wollte eigentlich nicht viel dazu sagen. Es kitzelt ihn nun aber doch etwas unter den Fingernägeln. Die FDP-Fraktion findet die Antwort des Stadtrates gut. Aus Fraktionssicht gibt es nicht nur Velofahrende. Aus Korintha Bärtschs Votum hat der Sprechende gehört, dass sich die Velofahrenden nun plötzlich auch an den Fussgängern stören. Das ist für den Sprechenden schwierig zu verstehen. Dass der MIV immer Störobjekt ist, versteht er schon ein bisschen. Für die FDP-Fraktion sind die beiden Vorstösse – der Sprechende spricht auch gleich zum Postulat 132 und zur Motion 133 – Varianten, die so formuliert sind, dass es aus verkehrstechnischer Sicht Sinn

macht. Es macht aus den Wachstumsüberlegungen der Stadt durchaus Sinn, die Thematik frühzeitig anzugehen. Die Stadt Luzern soll gemeinsam mit den umliegenden Gemeinden Lösungen entwickeln, diese frühzeitig diskutieren und absprechen und so eine gute Sache für alle machen. Für den Bürger selbst enden der Veloweg, der Fussweg oder auch die Strasse ja nicht an der Stadtgrenze. Mit dem Wachstum werden alle Mobilitätsbereiche wachsen. Man muss lernen, miteinander Lösungen zu finden, die am Schluss dem Bürger auf der Strasse dienen. Denn der Velofahrer wird auch zu Fuss, mit dem ÖV oder teilweise auch mit dem Auto unterwegs sein. Das ist für die FDP-Fraktion wichtig. Das ist auch der Bereich, der die Fraktion ein bisschen stört: Die Velofahrer haben manchmal das Gefühl, man könne einfach mit Vollgas durch die Innenstadt fahren, auch wenn es viele Leute hat. Das geht einfach nicht. Man muss Rücksicht aufeinander nehmen. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es schade, dass nicht immer mit gleichen Ellen gemessen wird. Ob es den MIV trifft oder sonst etwas kommt immer ein bisschen darauf an, von welcher politischen Seite man es betrachtet. Die FDP-Fraktion wäre froh, wenn man etwas mehr aufeinander Rücksicht nehmen würde und auch die Velofahrer nicht das Gefühl haben, dass die Strasse nur ihnen gehört. Sodass sich alle so fortbewegen können, wie sie wollen. Die FDP-Fraktion unterstützt die teilweise Entgegennahme des Postulats 132 und der Motion 133 als Postulat.

Nico van der Heiden wird für den Moment nur zum Postulat 132 sprechen. Zur Beruhigung von Reto Kessler versichert er, dass der Hauptgegner der Velos selbstverständlich das Auto bleibt. Er dankt dem Stadtrat für seine grundsätzlich wohlwollende Antwort auf das Postulat 132. Es war ja das Ziel der beiden Vorstösse, der Veloförderung in und um Luzern zusätzlichen Schub zu verleihen. Beim Postulat geht es um das «rund um» Luzern und bei der Motion 133 um die Stadt selbst. Vonseiten Veloverkehr ist die Entwicklung erfreulich; man kann immer längere Pendlerdistanzen mit dem Velo zurücklegen, vor allem dank der E-Bikes. Es gibt Leute aus Gisikon oder aus Küssnacht, die mit dem Velo in die Stadt pendeln. Das wäre vor zehn, fünfzehn Jahren noch etwas für wirklich ambitionierte Velofahrer gewesen. Die Distanzen werden länger, und das ist erfreulich. Leider muss man aber feststellen, dass die Veloinfrastruktur mit dieser Entwicklung nicht Schritt hält. Von Küssnacht kann man oben durch – via Meggen und Würzenbach – ins Stadtzentrum fahren. Der direkte Weg ist herzlich unattraktiv. Genauso bei Gisikon: Man kann entweder entlang der Reuss fahren und fährt einen ziemlichen Umweg, eigentlich wunderschön, notabene gerade im Moment mit einer Baustelle mitten auf dem Veloweg. Umleitung ist natürlich keine signalisiert. Oder man schlängelt sich durch Ebikon, und das ist wirklich etwas, das nicht viele Leute mit dem Velo gerne tun.

Nun gibt es das kantonale Radroutennetz und den städtischen Velorichtplan. Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion müsste es eben dazwischen noch etwas geben. In der Antwort des Stadtrates wird der Perimeter K5-Gemeinden erwähnt. Da ist Gisikon beispielsweise nicht dabei. Der Sprechende ist deshalb nicht sicher, ob dies der richtige Ansatz ist. Er ist ein wenig enttäuscht, dass der Stadtrat sagt, der Lead solle beim Kanton oder bei den K5-Gemeinden sein, er wolle den Lead nicht übernehmen. Beim Kanton macht sich der Sprechende gar keine Hoffnung, dass irgendetwas geht. Seine Frage an den Stadtrat ist: Was passiert, wenn der Kanton sagt: «Nein, wir haben kein Interesse», und K5 auch nicht bereit ist, den Lead zu übernehmen? Dann wäre man wieder genau gleich weit wie heute, und das wäre schade. Der Sprechende findet nämlich, dass die Stadt von

einer besseren überkommunalen Veloinfrastruktur direkt profitieren würde. Diesen Zusammenhang hat auch Reto Kessler angesprochen. Wenn von Gisikon her weniger Leute mit dem Auto in die Stadt fahren, profitieren letzten Endes die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt, indem sie mehr Platz haben. Deshalb wäre es aus SP/JUSO-Sicht durchaus denkbar, dass man etwas proaktiver einen Schritt auf die anderen Gemeinden zu macht, sich vielleicht auch mal getraut, Planungsideen mit den anderen Gemeinden zusammen anzugehen. Pro Velo und VCS haben in dieser Hinsicht etwas vorgearbeitet. Der Stadtrat kann natürlich sagen, dass er dies teilweise anders sieht, aber es wäre eine Möglichkeit, um etwas proaktiver das Gespräch zu suchen. Aus pragmatischen Gründen der fehlenden Mehrheitsfähigkeit – Korintha Bärtsch hat es erwähnt – ist die SP/JUSO-Fraktion aber mit der teilweisen Überweisung dieses Postulats einverstanden.

Stefan Sägesser spricht zum Postulat 132 und zur Motion 133 und möchte sich kurzhalten. Die GLP-Fraktion ist mit der teilweisen Überweisung des Postulats 132 und mit der Überweisung der Motion 133 einverstanden. Der Sprechende ist nicht sehr euphorisch. Es ist auch keine euphorische Antwort des Stadtrates, zu beiden Vostössen nicht. Es ist einfach eine sachdienliche Antwort, die den Realitäten entspricht. Das «Freigleis» war eine extreme Zangengeburt. Die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden war äusserst zäh. Insofern sieht der Sprechende, dass der Stadtrat nun ein Vorgehen wählt, das auf Diskussionsbasis und Einbezug der Nachbargemeinden allenfalls etwas bewirken kann. Auch dies wird länger gehen, weil die Hoheit aktuell noch beim Kanton liegt. Was der Sprechende aber wirklich sagen muss: Velofahren wird in diesem Rat – und das erstaunt ihn sehr – immer noch als Freizeitvergnügen angeschaut. Das ist etwas für die lieben Leute, die freundlich lächelnd durch die Gegend fahren und unendlich viel Zeit haben. Das ist einfach eine grundsätzlich falsche Annahme. Der Veloverkehr ist ein Berufsverkehr. Man hat hier im Rat Diskussionen gehört – der Sprechende denkt an Personen zu seiner Linken –, dass man mit 50 über die Hirschmattstrasse brettern wolle, weil 50 erlaubt ist. Wenn der Sprechende Velo fährt, möchte er auch 25 fahren können. Er kann 25 fahren, er kann auch schneller fahren, wenn er möchte, und zwar ohne E-Bike. Der Sprechende hat mit dem Velo den Anspruch, dass er in einer bestimmten Zeit von A nach B kommt. Er unterhält sich wahnsinnig gerne mit Müttern mit Kindern, auch mit Grosis, die über die Strasse laufen. Aber wenn er arbeiten gehen möchte, dann ist er darauf angewiesen, in einer bestimmten Zeit von A nach B zu kommen. Das ist der Grundsatz, ein Wechsel im Kopf: Wenn man von Berufsverkehr spricht, spricht man immer davon, dass die Menschen hoffentlich auf den ÖV umsteigen. Am liebsten fahren sie aber mit dem Auto. Das Velo ist die Alternative, die im Grossraum Luzern – er spricht extra vom Grossraum – als valabel angegangen werden muss. Nicht nur diskutiert werden, sondern wirklich angegangen. Denn auch der Sprechende – da ist er froh um den Hinweis von Nico van der Heiden – hat Freunde, die auswärts arbeiten. Diese fahren mit dem Velo von Luzern nach Ebikon oder Dierikon und entlasten alle anderen. Wenn die Stadt Luzern einen Beitrag leisten und am Ziel von vier Prozent wirklich ankommen will, muss sie vorwärts machen. Es ist ätzend, wenn man als Velofahrer auf einer Strasse fährt und plötzlich der Veloweg aufhört. Natürlich bremst der Sprechende dann. Er bittet darum, die Diskussion um den Aspekt zu erweitern, dass das Velo ein Berufsverkehrsmittel ist und nicht einfach ein Freizeitvergnügen. Das ist die Perspektive, die angegangen werden muss.

Marcel Lingg bedankt sich bei der Postulantin und den Postulanten bzw. bei der Motionärin und den Motionären, dass sie einen Kompromiss machen und der teilweisen Überweisung bzw. der Umwandlung zustimmen. Es wäre ein falsches Zeichen gewesen, an der vollständigen Überweisung des Postulats oder an der Motion festzuhalten. Das hätte wahrscheinlich, wie Korintha Bärtsch gesagt hat, zu einer Ablehnung geführt. Aber so wie es der Stadtrat jetzt vorschlägt, kann die SVP-Fraktion zustimmen. Das mag vielleicht den einen oder anderen überraschen, der sogar einen Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion erwartet hätte. Aber alle, die dies erwartet haben, kennen die Verkehrspolitik der SVP-Fraktion schlichtweg nicht. Diese geht ganz klar in die Richtung, alle Verkehrsarten zu fördern. Alle Verkehrsarten müssen ausgebaut werden, oder zumindest muss ihnen der Platz, den sie brauchen, zur Verfügung gestellt werden. Das fängt an beim schweren Lastwagen, der Transportdienstleistungen erbringen muss, und geht vom MIV über das Velo bis zum Langsamverkehr. Fakt ist aber, dass heute viele Strassen so gebaut sind, dass links und rechts ein Haus steht. Die Breiten der Strassen sind festgelegt, die kann man nicht einfach so verbreitern. Auf dieser Breite muss sich alles abwickeln. Da kann man natürlich schon den Wunsch äussern, dass es ein möglichst breites, behindertengerechtes Trottoir braucht. Es braucht selbstverständlich auch einen Veloweg, der eine gewisse Breite hat. Es braucht selbstverständlich auch eine Busspur, und es braucht selbstverständlich – oder auch nicht, wenn man auf gewisse Exponenten hört – auch eine Spur für den MIV. Es geht auf den bestehenden Strassen einfach nicht auf. Und da sieht die Vision der SVP-Fraktion eben etwas anders aus: Wenn man dieses Ziel der freien oder der freieren Fahrt für den Veloverkehr wirklich will, muss man dafür sorgen, dass man den Verkehr nicht mehr durch die Innenstadt von Luzern führt. Man muss dafür sorgen, dass man für die Parkierung nicht mehr zwingend in die Innenstadt fahren muss. Deshalb setzt sich die SVP-Fraktion ja auch dafür ein, dass das Anliegen für mehr Platz für die Velos auch umgesetzt werden kann, dass man eben z. B. Parkhäuser an den Stadtrand verlegt. Die Projekte dazu will der Sprechende nicht alle aufzählen, der Grosse Stadtrat wird schon bald wieder darüber diskutieren. Es gibt aber auch ein Projekt Spange Nord, von dem der Stadtrat sich vor ein paar Wochen oder Tagen offiziell verabschiedet hat. Als Reaktion auf die Aussage, dies sei nur ein MIV-Projekt, möchte der Sprechende von der Website des Kantons Luzern zitieren: «Entlang der gesamten Spange Nord, also vom Schlossberg bis zum Fluhmühle-Gebiet, wird es eine Infrastruktur für Radfahrer/innen und Fussgänger/innen geben. Diese neue Achse für den Langsamverkehr wird mit der Rad- und Fussweginfrastruktur westlich der Reuss (zwischen Seetalplatz und Zentrum) verbunden. Der städtische Langsamverkehr erhält damit eine attraktive Ost-West-Verbindung.»

Wenn man also im Sinne dieser beiden Vorstösse den Veloverkehr fördern will, müsste man ehrlicherweise hinstehen und sagen: Ja, das Projekt «Spange Nord» setzt genau das um, was mit den Vorstössen gefordert wird: Platz schaffen in der Stadt Luzern, sodass man den Langsamverkehr fördern kann. In diesem Sinne ist die SVP-Fraktion für die Überweisung dieser beiden Vorstösse, so wie es der Stadtrat vorgeschlagen hat.

Korintha Bärtsch kommt auf das Veloprojekt Spange Nord zu sprechen. Sie sagte vorhin, dass es in der Stadt Luzern viel mehr Platz fürs Velo brauche. Sie weiss nicht, ob Marcel Lingg die Projektunterlagen angeschaut hat. Der Velostreifen bei diesem Projekt ist sehr schmal; die Sprechende kann sich nicht vorstellen, wie darauf in der Rush Hour zehn Prozent aller Verkehrsteilnehmenden in einer vernünftigen Zeit durchfahren können, wie ein E-Bike auf dieser Spurbreite ein normales

Velo überholen kann, ohne es zu touchieren oder sogar umzuwerfen. Das ist die Velopolitik des Kantons für 2035, für 2050. Es braucht doch etwas ganz anderes. Es braucht eine Breite, auf der in der Rush Hour mehrere Velofahrende fahren und kutschieren können, weil das Velo ein stadtverträgliches Mobilitätsmittel ist. Das muss jetzt angegangen werden. Man muss jetzt so weit denken. Bezüglich Parkierung ist die Sprechende absolut einig mit Marcel Lingg. Sie findet auch, man müsse Park-and-ride-Anlagen schaffen, einfach nicht nur an den Stadtgrenzen der Stadt Luzern, sondern auch in der Agglomeration, in Emmen, in Kriens, in Horw. Die Stadt Luzern mit ihren Grenzen ist viel zu klein gedacht. Der Ansatz ist aber eigentlich richtig: Die Stadt Luzern braucht gute Parkieranlagen, die sich ausserhalb der Stadtgrenzen befinden.

Die Sprechende hat sich vor allem gemeldet, weil sie noch auf das Votum von Reto Kessler reagieren wollte. Sie gibt ihm völlig recht: Man muss unbedingt mit den gleichen Ellen messen. Man stelle sich vor, auf der Pilatusstrasse würden die Fussgänger laufen, wie sie wollen, und hätten noch Vortritt. Das passiert den Velofahrenden. So haben z. B. auf der Bahnhofstrasse, die eine Begegnungszone und Teil einer nationalen Veloroute ist, haben die Fussgängerinnen und Fussgänger Vortritt. Wenn man mit den gleichen Ellen messen würde, würde man auf der Pilatusstrasse mitten auf der Spur Vortrittsrechte für die Fussgängerinnen und Fussgänger erlassen. Das kann es ja nicht sein. Aber so müsste man die Wahrnehmung und das Denken bezüglich Gesamtverkehr überdenken. Es ist im Moment einfach so, dass der MIV eine enorme Dominanz auf den Strassen hat. Dies muss man durchbrechen und Richtung Gesamtverkehr gehen. In dieser Hinsicht ist man sich einig und kann gut von Gesamtverkehr sprechen. Aber der Teufel steckt hier, wie an vielen Orten, im Detail. Daran wird gearbeitet. Die Sprechende hofft, dass es so weit kommt, dass die Stadt Luzern in Zukunft eine stadtgerechte Mobilität hat, die dem Klimaschutz entspricht und bei der die Leute in der Stadt Luzern sehr gut mobil sein können.

Roger Sonderegger dachte, dass die Diskussion eher langweilig werden würde: Velo gegen Auto, oder schon wieder Veloinfrastruktur. Man hat nun aber doch einige spektakuläre Sachen gehört. Der Sprechende hat zum Beispiel erfahren, dass die Spange Nord und das Metroprojekt Veloförderungsanliegen aufnehmen. Das ist ziemlich spektakulär. Er hat auch gehört, dass das Velo nicht berufsverkehrsanerkannt sei. An Stefan Sägesser gewandt bemerkt der Sprechende, dass er dies im Rat noch nie gehört hat. Er glaubt, dass für alle völlig klar ist, dass das Velo sowohl für den Arbeits- und Ausbildungsweg als auch für die Freizeit benutzt wird. Mindestens bei der CVP-Fraktion ist es so. Bei der CVP ist es auch so, dass man auf den grossen Veloachsen 45 km/h und in den engen Altstadtgassen etwa 15 km/h fährt. Ein wenig erstaunt hat den Sprechenden, wie früh die SP/JUSO-Fraktion die Mehrheiten im Parlament kennt. Offenbar so früh, dass die ganzen Voten und Vorbereitungen bereits darauf ausgerichtet sind. Aber es ist ja eigentlich legitim, miteinander zu diskutieren.

Der Sprechende äussert sich zu beiden Vorstössen. Mit dem Postulat 132 wird der Stadtrat gebeten, in der ganzen Agglomeration ein Velonetz aufzuziehen. Die Antwort des Stadtrates überzeugt die CVP-Fraktion. Dies ist eigentlich keine städtische, sondern eine partnerschaftliche Aufgabe. Wer sollte diese besser lösen als der Kanton, allenfalls noch LuzernPlus. Die CVP-Fraktion sieht dies als Chance für eine gute Zusammenarbeit. Die Verkehrsplanung kann ohne Fusionen nicht ohne Zusammenarbeit funktionieren. Das weiss man seit den 70er-Jahren. Wenn man die Anliegen wirklich vorwärtsbringen will, geht es nur gemeinsam. Genau dazu ist LuzernPlus da. Es wäre

doch einen Versuch wert, dass LuzernPlus hier das Zepter in die Hand nimmt. Man soll LuzernPlus eine Chance geben, und die Stadt Luzern setzt sich dann partnerschaftlich für die Anliegen ein. Aber sie tut es nicht im Lead. Für die CVP-Fraktion ist klar, dass dieses Postulat vom Stadtrat teilweise entgegengenommen werden muss.

Bei der Motion 133 geht es um ein Netz von Veloachsen in der Stadt Luzern. Man lernt aus dem Motionstext, dass Pro Velo, wo der Sprechende auch dabei ist, und der VCS eine Vision entwickelt haben. Der Stadtrat solle nun bitte auch eine solche entwickeln. Dieser sieht es etwas anders und sagt, die Stadt Luzern habe als Planungsinstrument bereits den Aktionsplan. Mit diesem werden sogar Planungskredite beantragt. Der Sprechende nimmt an, dass er dem Parlament als B+A vorgelegt werden wird. Von daher ist für die CVP-Fraktion völlig nachvollziehbar, dass der Stadtrat die Motion als Postulat entgegennimmt und nicht noch einmal eine neue Planung lostritt. Der Sprechende hat den Vertreterinnen und Vertretern der Veloanliegen zugehört und dabei gehört, dass man die Planung verbessern muss. Gleichzeitig hört er aber auch, dass die Planung eigentlich schon lange hier wäre, es aber an der Umsetzung hapert. Wahrscheinlich ist es wie in der Raumplanung: Eigentlich wären die Planung und der Grundsatz gar nicht so schlecht, aber die Umsetzung funktioniert nicht. Vielleicht sollte man – wenn dies die Diagnose ist – die Kraft statt in die Therapie eher in die Umsetzung stecken. Die Stadt Luzern hat einen Velobeauftragten, der einen guten Job macht. Das ist der erste Ansatz, der erfolgversprechend ist. Vielleicht muss man dort noch mehr dranbleiben, damit nicht immer wieder neue Planungen angeschoben werden, bevor die bestehenden realisiert sind. Die CVP-Fraktion ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden und findet beide Antworten des Stadtrates sehr gut nachvollziehbar.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula führt aus, dass er nicht über die Spange Nord und Verknüpfungen von verschiedenen Verkehrssystemen am Beispiel Spange Nord diskutieren wird. Er nimmt zunächst Bezug auf eine Äusserung von Stefan Sägesser, welcher die Antworten des Stadtrates nicht euphorisch findet. Das ist wahrscheinlich so. Die Antworten sind nicht euphorisch, weil sie eben von einem gewissen Pragmatismus geprägt sind. Korintha Bärtsch ist überhaupt nicht zufrieden mit der Antwort. Der Sprechende kann verstehen, wenn man die Geduld nicht aufbringt, da er selber auch viel Velo fährt und als veloaffin gilt. Weniger Verständnis hat er, wenn man das Vertrauen nicht hat.

Er spricht zu beiden Vorstössen (132 und 133). Er glaubt, dass die Unterzeichneten mit dem Stadtrat dahingehend einig sind, dass dieser versucht, eine bessere Veloinfrastruktur zu schaffen. Es ist klar, dass die Verkehrssicherheit ein ganz zentrales Thema ist. Es ist auch klar, dass es um mehr als Lückenschliessen geht. Aber schon das Lückenschliessen ist ein Beitrag zur Verkehrssicherheit und zur Attraktivität. Die Stadt Luzern hat erhebliche und problematische Lücken, z. B. den Übergang von der Bruchstrasse Richtung Reussuferweg. Dort kommt man nicht wirklich gut durch. Das ist längst erkannt. Die Stadt hat in der pragmatischen Umsetzung und in der täglichen Arbeit ein Veloachsenkonzept im Kopf. Es ist völlig klar, dass man versucht, die Hauptverbindungen – die topografisch gegeben sind – zu den umliegenden Gemeinden zu optimieren. Der Sprechende erwähnt das Beispiel «Freigleis»: Da hat die Stadt Luzern einigermaßen gut gearbeitet. Er nennt das Beispiel Achse nach Kriens, entlang von Schachenstrasse, Amlehnstrasse, Eichhof, Taubenhäuserstrasse, Bruchstrasse, was eine gute und sehr wichtige Verbindung ist. Dort fehlt die Tangen-

tialverbindung bzw. der Durchbruch Richtung Norden auf den Xylophonweg. Dieser ist eine Veloachse, die so gut funktioniert, dass sie flächenmässig bald an den Anschlag kommen könnte. Auch Richtung Meggen gibt es im Kantonsstrassenprojekt eine Verbesserung der Velosituation. Auf der Schädritstrasse Richtung Adligenswil hat die Stadt einen Velostreifen und einen Veloweg realisiert. Aber die grossen Knackpunkte, die der Stadtrat auch kennt, sind z. B. die Haldenstrasse – darüber hat das Parlament schon mehrmals diskutiert –, die Zürichstrasse, die Bernstrasse. Da ist es einfach unglaublich eng. Wenn man nicht Häuser abreissen will und wenn dort auch in Zukunft noch Autoverkehr und selbstverständlich auch der ÖV fahren sollen, sind gute Ideen gefragt. Der Stadtrat ist sehr offen für Ideen.

Das Platzproblem muss natürlich mit allen übrigen Anliegen abgestimmt werden. Das Parlament hat gerade vorhin eine Motion verabschiedet zu einem Planungsbericht Klimaanpassungsstrategie. Wenn man an der Haldenstrasse Platz schaffen will für einen eigenen Veloweg mit Überholmöglichkeiten, kostet das die dortigen Bäume. Das ist einfach so. Oder man muss die Hotels abreissen, und das macht man sicher nicht. Man muss einfach ein Stück weit pragmatisch sehen, wo Platz vorhanden ist und wo nicht.

Zum Thema Verkehrssicherheit und Fussgänger: Natürlich ist es eigentlich nicht gut, an der Hirschmattstrasse Mittelinseln zu machen. Dass die Autofahrenden, die jedoch Rücksicht nehmen müssen auf die Velofahrenden und den ÖV, näher ans Trottoir kommen, kann Friktionen geben mit dem Veloverkehr. Natürlich setzt man rund um die Hirschmattstrasse darauf, dass die Veloverbindungen über die Sempacherstrasse und die Winkelriedstrasse häufiger genutzt werden als die Hirschmattstrasse an sich. Die Stadt Luzern schuf in der Neustadt flächendeckend gute Veloverbindungen, aber nicht solche mit sehr hohem Tempo. In der Innenstadt gibt es Flächen, bei denen man nicht um Koexistenz herumkommt. Sonst müsste die Stadt für Velos unterirdische Tunnels bauen. Der Sprechende nennt das Beispiel der kürzlich sanierten Kleinstadt und des Platzes rund um das Regierungsgebäude. Das ist eine wichtige nationale Veloachse – aber man kann dort nicht einen separaten Velostreifen oder Veloweg einzeichnen. Das sind die pragmatischen Rahmenbedingungen, die bewirken, dass die Euphorie in der Antwort des Stadtrates fehlt. Der Stadtrat stellte ganz bewusst den Antrag, das Postulat 132 nur teilweise erheblich zu erklären. Der überkommunale Aspekt ist ganz wichtig in der Weiterentwicklung des Veloachsennetzes. Der Stadtrat will in dieser Hinsicht die anderen Gemeinden und den Kanton mit in die Verantwortung nehmen. Die Stadt Luzern ist in der Velopolitik schon etwas weiter als andere Gemeinden, als LuzernPlus und als der Kanton. Der wahrscheinlich beste oder entscheidende Träger wäre der Kanton. Bei ihm ist die Velopolitik allerdings im Moment inhaltlich noch nicht stark verankert. Deshalb muss man vielleicht auf LuzernPlus setzen. Wenn der Stadtrat die anderen Gemeinden, Organisationen oder institutionellen Ebenen nicht mit in die Verantwortung nimmt, macht am Schluss die Stadt Luzern alles. Wahrscheinlich bleibt so oder so viel Arbeit bei der Stadt, das macht sie auch gerne, sie hat auch mehr Kapazitäten als andere.

Betreffend Antrag Motion oder Postulat: Der Stadtrat ist überzeugt, dass er im Aktionsplan konkreter wird. Er möchte nicht noch einen zusätzlichen Planungsbericht, der wiederum Aufträge und Arbeitskraft bindet.

Beim Projekt der Neustadtstrasse/Zentralstrasse sieht man die extremen Abhängigkeiten mit Bauprojekten, mit Anwohnenden und mit dem ganzen Kinokomplex. Es ist nicht einfach, die gute und

wichtige Verbindung dort durchzubringen. In diesem Sinne bittet der Sprechende die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Vorstösse im Sinne des Stadtrates zu überweisen. Marcel Lingg, der äusserte, dass man im Sinne des Stadtrates für die Spange Nord sein müsse, muss er enttäuschen. Die Stadt Luzern will vorwärtskommen. Ein Veloweg ist ein Veloweg und heisst nicht «Velo weg». Die Stadt möchte die geeigneten Partner ins Boot holen. Der Sprechende glaubt, dass es an der Zeit ist, einen besseren Gesamtverkehrsblick zu bekommen.

Ein letzter Punkt zu Reto Kessler: Die Neustadt wurde um die Jahrhundertwende vom 18. zum 19. Jahrhundert gebaut. Damals hat man die Fassaden gegen die Strasse orientiert, es gab den Fussverkehr, ein paar Kutschen und erste Velos. Irgendwann kam die Motorisierung. Der Autoverkehr hat die Stadt ziemlich besetzt, das sieht man am Beispiel Bahnhofplatz. Auf den zentralen Achsen ist die Dominanz des Autoverkehrs und des öffentlichen Verkehrs stark. Das will der Stadtrat nicht bremsen. Aber man muss sich einfach realistisch bewusst sein: Der rollende, motorisierte Verkehr nimmt in der Stadt sehr viel Platz ein. Jetzt geht es darum, ein ausgeglicheneres Verhältnis zu finden, das – da sind sich alle einig – Rücksicht aller Verkehrsteilnehmenden gegenseitig erfordert.

Sandra Felder-Estermann war diese Woche gemeinsam mit Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula beim Quartierverein Säli-Bruch-Obergütsch. Die Anwohnerinnen und Anwohner, vor allem rund um das Schulhaus, sind sehr besorgt. Die ganze Strecke sei hektischer worden, die Kinder getrauten sich kaum noch über die Strasse. Es ist natürlich einladend, auf dieser Strecke einfach zu fahren. Der Berufs- und Rush-Hour-Verkehr ist auf dem Velo genauso spürbar. Die Sprechende ist enttäuscht, dass sich Adrian Borgula in seinem vorangehenden Votum nicht zu den vielen kritischen Stimmen des Quartiervereins zum Versuch Velostrasse geäussert hat. Die Kritik wurde laut und kam neben den Anwohnenden auch von der Schulleitung und von der Quartierpolizei. Die Sprechende bittet alle Velofahrenden um respektvollen Umgang mit allen, vor allem mit den Kindern. Das ist auch im Norden Gang und Gäbe. Man darf nicht einfach denken: «Juppie, freie Fahrt für alle Velos!» Kinder und andere Verkehrsteilnehmende sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hat die Kritik selbstverständlich ernst genommen. Der Stadtrat schaut die Auswertungen an, die der Bund tätigt. Es ist aber Fakt: Die Verbindung über die Taubenhaus- und die Bruchstrasse wird – ob als Velostrasse oder nicht – in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. Man akzeptiert die Hektik und die Dominanz des motorisierten Verkehrs auf der Obergrundstrasse. Der Versuch des Stadtrates, eine Parallelstruktur zu schaffen, ist aus Sicht der Verkehrssicherheit richtig. Für die konkrete Umsetzung will der Stadtrat die Auswertung abwarten. Er ist sich bewusst, dass es Friktionen mit den Fussgängerinnen und Fussgängern geben kann. Der Sprechende hat die Stimmen sehr wohl gehört, er hat auch darüber gelesen. Aber der Stadtrat fällt im Moment keinen Vorentscheid. Selbstverständlich plädiert der Sprechende für Rücksichtnahme. Zuerst kommen die verletzlichsten Verkehrsteilnehmenden, jene, die zu Fuss unterwegs sind, danach die Velofahrenden. Aus Sicht der Verkehrssicherheit muss der Stadtrat aber versuchen, die verschiedenen Mobilitätsarten zu entflechten. Die Achse Taubenhausstrasse/Bruchstrasse mit der Verbindung Richtung Norden und Richtung Kriens ist eine sehr wich-

tige Achse, die Unfälle auf der Obergrundstrasse verhindern kann. Man muss mit den gleichen Eilen messen. Die Obergrundstrasse ist weiss Gott hektischer als die Bruch- und Taubenhausestrasse. Der Stadtrat wird sehen, welche Lösung er aus der Auswertung des Bundes zieht. Die Achse wird aber auf jeden Fall eine ganz entscheidende Achse bleiben, unter welchem Regime auch immer.

Das Postulat 132 wird teilweise überwiesen.

**10 Motion 133, Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Korintha Bärtsch und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion
vom 14. September 2017:
Für ein Netz von Veloachsen in der Stadt Luzern**

Der Stadtrat nimmt die Motion als Postulat entgegen.

Nico van der Heiden ist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Zu diesem Vorstoss haben sich einige Mitglieder des Grossen Stadtrates schon in der Diskussion bei Traktandum 9 geäussert. Es gibt keine weitere Wortmeldung.

Die Motion 133 ist somit als Postulat überwiesen.

– **Dringliches Postulat 196, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion und Peter With namens der SVP-Fraktion
vom 12. April 2018:
Projektvergleich Parkhaus Musegg und Schwanenplatz-Metro öffentlich machen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Das Dringliche Postulat 196 ist somit überwiesen.

- **Dringliche Interpellation 197, Marco Müller und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 12. April 2018:
Bedenklicher Umgang der Stadt mit eigenen Immobilien**

Marco Müller beantragt Diskussion.

Marcel Lingg beantragt, die Dringliche Interpellation 197 zusammen mit der Dringlichen Interpellation 198 zu behandeln. **Ratspräsident András Özvegyi** ist einverstanden.

Irina Studhalter: Manchmal kann man sich als Politikerin in einem Alltagsgeschäft verlieren oder zu tief in einem Dossier versinken. Dann ist es jeweils praktisch, wenn man von aussen an andere Themen erinnert wird, vergleichbar mit einem Sorgenbarometer, das einem sagt, dass einen nicht nur B+As beschäftigen sollten. So ein zuverlässiger Indikator sind Hausbesetzungen. Sie erinnern nämlich daran, dass die Stadt allen gehört, dass die Stadtverwaltung eine Verantwortung hat, dass Wohn- und Lebensraum in Luzern knapp ist, dass er effizient genutzt werden muss und eben auch, dass die Stadt Gebäude besitzt, die genutzt werden müssen. Genau das tat die Gruppe Pulpa, als sie das städtische Gebäude Auf Musegg 1 besetzte. Sie erinnerte daran, dass auch in der Stadt Luzern Raum leer steht, dass die Stadt selber nicht nur haushälterisch mit eigenen Immobilien umgeht. Es tut gut, wieder mal ein Augenmerk auf Räume und Freiraum setzen zu dürfen. Deshalb freut es die G/JG-Fraktion, dass das Thema auch im Grossen Stadtrat angekommen ist. Sie ist froh, dass der Stadtrat das Versprechen umsetzt, mit der Gruppe Pulpa an einen Tisch zu sitzen, dass die Versprechungen von Dialog nicht nur leere Versprechungen sind, sondern auch wirklich umgesetzt werden. Die G/JG-Fraktion möchte daran erinnern, dass der Stadtrat eigene Immobilien im Griff haben muss, dass diese gepflegt werden müssen, dass sie so gut wie möglich genutzt werden müssen, damit die Stadtbevölkerung all das nutzen kann. Dazu gehört auch, dass man Schimmel bekämpft. Schimmel geht nämlich nicht einfach weg, wenn man ihn in Ruhe lässt.

Andreas Felder: Bei allem Respekt vor der Forderung nach kreativen Freiräumen: Eine Besetzung ist ein Eingriff ins Eigentumsrecht des Hauseigentümers. Selbstverständlich obliegt es dem Eigentümer, wie er in seinem Ermessen darauf reagieren will.

Wenn die Stadt Eigentümerin einer Liegenschaft ist, erwartet der Sprechende, dass sie im Interesse der gesamten Bevölkerung und der betroffenen Anwohner handelt und die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausnützt. Mehrere Quartieranwohner fühlen sich durch Lärm und Personenversammlungen zum Teil stark bedrängt, was dem Stadtrat mehrfach mitgeteilt wurde. Die CVP-Fraktion ist deshalb über das Verhalten des Stadtrates aus mehreren Gründen konsterniert: Zunächst erscheint der Grund des Bedürfnisses nach Freiraum im vorliegenden Fall ein wenig vorgeschoben. Wie der Stadtrat in seiner Antwort auf die Interpellationen aufzeigt, macht er aktive Bemühungen gegen Leerstände und für legale Zwischennutzungen. So z. B. über eine Plattform, gerade im Haus Auf Musegg. Es ist ja kein leer stehendes Gebäude, es geht nur um einen Raum. Es findet bereits eine Zwischennutzung statt, die ja jetzt auch nach den Schulferien wieder aufgenommen wurde.

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Stadtrat mit der Gruppe Pulpa diskutieren sollte. Die Gruppe hat vom bestehenden Angebot keinen Gebrauch gemacht, sondern hat ihre Bedürfnisse selbst in die Hand genommen, nach ihren eigenen Regeln. Den Sprechenden stört es, dass sie sich gegenüber dem Stadtrat nach wie vor nicht identifiziert, sondern als anonyme Gruppe auftritt – das entnimmt er der Antwort des Stadtrates.

Statt Lösungen zu suchen, die im Interesse aller Bürger bzw. auch der Anwohner sind, gewichtet der Stadtrat das Interesse der anonymen Gruppe höher als jenes der betroffenen Anwohner. Der Sprechende geht davon aus, dass der Stadtrat eine Interessenabwägung gemacht hat und zum Schluss gekommen ist, dass die Beeinträchtigung der Anwohner nicht so schlimm ist. Im Gespräch mit den Anwohnern tönt es aber anders als in der Antwort des Stadtrates. Da wird einem mitgeteilt, dass am Abend – jeden Abend – Veranstaltungen stattfinden. Die Leute nutzen den Freiraum vor allem vor dem Gebäude, was der Sprechende verstehen kann, es ist ein sehr schöner Raum. Aber diese Nutzung beeinträchtigt die Anwohner.

Das Verhalten des Stadtrates ist nach Meinung des Sprechenden eine willkürliche Ungleichbehandlung aller anderen Bürger, die ihre Interessen über legale Wege umzusetzen versuchen und bei Regelüberschreitungen mit Konsequenzen rechnen müssen.

Es ist vor allem auch ein schlechtes Zeichen, ja geradezu eine Einladung dazu, für eine Zwischennutzung nicht auf die Stadt zugehen zu müssen, sondern den Raum einfach zu besetzen, in der Annahme, die Stadt komme zu einem und suche eine Lösung.

Zusammenfassend ist die CVP-Fraktion nicht einverstanden mit dem aufgezeigten Vorgehen und erwartet vom Stadtrat, dass nun sämtliche Mittel ausgenützt werden, um die Hausbesetzung möglichst schnell zu beenden. Sonst kann man davon ausgehen, dass die heutigen politischen Vorstösse nicht die einzigen zum Thema bleiben.

Marcel Lingg ist die folgende Aussage von Stadträtin Manuela Jost in der NLZ vom 20. April ganz besonders ins Auge gestochen: «Im Moment übernimmt die Stadt die minimalen Kosten für Strom und Wasser im besetzten Haus.» Er vermutet, dass Manuela Jost gar sagen wollte: «Die Stadt – ohne «im Moment» – übernimmt die Kosten für Strom und Wasser im besetzten Haus.» Der Sprechende findet dieses Vorgehen schlicht inakzeptabel. Er vermutet, dass es so manchem Zeitungsleser oder Bürger ähnlich geht. Zu jemandem, der sein Auto zu lange auf einem Parkplatz stehen lässt, also quasi den Parkplatz widerrechtlich besetzt, kommt auch nicht Manuela Jost oder ein anderes Stadtratsmitglied und zahlt die Parkgebühr nach. So kommt es dem Sprechenden bei der Hausbesetzung vor. Es gibt x andere Beispiele, der Sprechende denkt an einen Beizer, der auf öffentlichem Raum zu weit hinaus stuhlt. Ihm wird die fällige Gebühr auch nicht erlassen.

Anders gesagt: Man macht Ausnahmen und spricht einer kleinen Gruppe alle Rechte zu. Man übernimmt für diese kleine Gruppe sogar die anfallenden Kosten. Zum Vorgehen des Stadtrates: An und für sich hat er am Anfang alles richtig gemacht. Aufgrund der Ferienzeit war der Stadtrat zum Zeitpunkt der Besetzung dezimiert. Es war eine Pikettstadträtin, welche entschlossen die Verantwortung übernahm und richtig reagierte – nicht mit dem Vorschlaghammer und der Polizei, sondern mit einem Ultimatum, welches lautete: «Bitte verlasst diese Liegenschaft wieder, dann passiert euch nichts.» Nach Ansicht des Sprechenden war das die richtige Lösung. Als der Gesamtstadtrat aus den Osterferien zurückkam, wurde die erstentscheidende Stadträtin etwas im Regen stehen gelassen und das Konzept geändert. Der Stadtrat liess das Ultimatum verstreichen und

setzte die Forderungen auf unbestimmte Zeit aus. So kann der Stadtrat nicht handlungsfähig sein, es ist nach Ansicht der SVP-Fraktion ein Zeichen, das man nach aussen nicht setzen darf. Auch wenn der Stadtrat nicht mit der Polizei hätte auffahren sollen, hätte er zumindest eine klare Regelung machen können, z. B. einen Mietvertrag abschliessen. Eine widerrechtliche Besetzung, bei der man auf die Anwohner und die Quartierbevölkerung schlicht keine Rücksicht nimmt, ist für die SVP-Fraktion nicht akzeptabel. Der Stadtrat erwähnt immer wieder, wie quartierverträglich die Quartiere sein sollen – das Zusammenleben im Quartier ist ein Schlagwort des Stadtrates. Wenn mal ein Auto durchs Quartier fährt, stört das das Quartierleben. Aber eine Hausbesetzung mit all ihren negativen Auswirkungen, die von der Quartierbevölkerung mit Schreiben direkt an den Stadtrat herangetragen wurden, die auch an die SVP-Fraktion herangetragen wurden, ignoriert man seitens Stadtrat. Das ist ein schlechtes Zeichen, das die SVP-Fraktion nicht akzeptieren kann. Sie erwartet vom Stadtrat, dass Partikularinteressen einer Besetzerszene nicht höher gewertet werden als die der direkt angrenzenden Quartierbewohner. Aus SVP-Sicht gibt es nur eine Lösung: Der Stadtrat muss jetzt klipp und klar ein Ultimatum setzen. Er muss nicht gleich heute mit der Polizei kommen, das kann man noch ein, zwei Tage hinauszögern. Aber dann erwartet die SVP-Fraktion ein definitives Ende der Besetzung.

Wenn man kompromissbereit sein will, muss ein Vertrag inkl. Mietzins aufgesetzt werden, mit dem klar geregelt ist, was erlaubt ist und wie der Aussenraum genutzt werden darf. Das ist der einzige Kompromiss, den sich der Sprechende vorstellen kann. Wenn es im Interesse der Besetzer ist, in der Liegenschaft zu bleiben, haben sie das zu machen, was jeder andere Mieter auch machen muss: etwas zahlen, damit sie die Liegenschaft nutzen dürfen.

Eine abschliessende Bemerkung: Es wurde auf den Sinn und Zweck von Freiräumen hingewiesen. Hier geht es vermutlich nicht darum, einen Freiraum zu bespielen, vielmehr ist es eine politisch motivierte Besetzung. Der Sprechende möchte ein Beispiel nennen: Wenn der Stadtrat von sich aus die Idee gehabt hätte, im betroffenen Stockwerk Sozialwohnungen einzurichten oder es an eine kulturelle Institution zu vermieten, wäre die linke Szene vermutlich die erste gewesen, die Vorstösse geschrieben hätte mit dem Vorwurf, man könne doch nicht eine mit Schimmelpilz befallene Liegenschaft an Kulturschaffende, Sozialhilfeempfänger oder Asylbewerber vermieten, und das gar ohne sanitäre Anlagen. Hätte der Stadtrat das gemacht, was die linke Seite nun will, nämlich die Liegenschaft vermieten, wäre vermutlich auch wieder Kritik aufgekommen. Diese Kritik hätte der Sprechende verstanden. In diesem Sinne erwartet die SVP-Fraktion bis Ende Woche eine Lösung.

Yannick Gauch richtet sich zunächst an Marcel Lingg, da er den Vergleich zwischen einem Parkplatz und einem teilweise leer stehenden städtischen Gebäude sehr schwierig findet. Immerhin konnten – wie man den Medien entnehmen konnte – 60 Leute irgendwie in das Gebäude gelangen. Der Sprechende möchte sehen, wie 60 Leute in Marcel Linggs Auto Platz finden und es auch noch kulturell und für alle offen genutzt werden kann. Zudem handelt es sich gemäss Besetzenden nicht um eine Wohnbesetzung, und ein WC ist vorhanden, das kann man in der Antwort des Stadtrates lesen. Man kann die Situation sehen wie bei einem Büro, das vom Morgen bis am Abend genutzt wird. Auch dort hat es nicht überall eine Badewanne und eine Küche – in jenem des Sprechenden jedenfalls nicht. Ihm reicht ein WC, um den Tag zu verbringen.

In der Nacht auf Sonntag, den 8. April, haben rund 60 Aktivisten und Aktivistinnen das teilweise leer stehende städtische Haus Auf Musegg 1 friedlich besetzt. Kurz darauf hat der nicht vollständig

anwesende Stadtrat den Besetzenden in einem Anfall von überhastetem Aktivismus eine Frist zum Verlassen des Gebäudes gesetzt. Dass der Stadtrat – notabene in Abwesenheit des Stadtpräsidenten und der zuständigen Baudirektorin – eine solche Frist ohne dringenden Grund ausspricht, ist für die SP/JUSO-Fraktion unverständlich. Anstatt zu drohen, sollte die Stadt Luzern aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion in Fällen von städtischen Liegenschaften Kompromiss- und Diskussionsbereitschaft an den Tag legen. Dass man in der Zwischenzeit das Gespräch mit den Besetzenden aufgenommen hat und nach einer einvernehmlichen Lösung sucht, findet die SP/JUSO-Fraktion das richtige Vorgehen. Ihr ist auch klar, dass alle Interessen in einem Quartier zu berücksichtigen sind und die Besetzenden sich an gewisse Normen und Regeln halten müssen. Der Sprechende denkt dabei an Nachtruhevorschriften, die in einem ruhigen Quartier sicher besonders zu gewichten sind. Dass der Stadtrat mit den Besetzenden Spielregeln vereinbart hat, findet die SP/JUSO-Fraktion richtig. Sie hat, bis auf eine Nacht, keine Kenntnis davon, dass es bisher zu Lärmemissionen kam. Auch das vom Sprecher der SVP-Fraktion als aggressiv beschriebene Auftreten ist der SP/JUSO-Fraktion – übrigens auch dem Stadtrat, wie man der Antwort entnehmen konnte – nicht bekannt. Nein, die Besetzenden wurden gegenüber der SP/JUSO-Fraktion, oder zumindest gegenüber dem Sprechenden, aus der Nachbarschaft als friedlich, ruhig und unauffällig beschrieben. Die SP/JUSO-Fraktion findet es nicht gut, dass städtische Liegenschaften ganz oder teilweise leer stehen. Das gilt es unbedingt zu vermeiden. Immerhin hat die Stadt hier auch eine Vorbildfunktion gegenüber privaten Liegenschaftsbesitzern. Dass der Stadtrat das grundsätzlich ebenfalls so sieht, begrüsst die Fraktion. Dass zurzeit an einem Objektstrategietool zur Optimierung der Objektbewirtschaftung gearbeitet wird, begrüsst die SP/JUSO-Fraktion deshalb. Die verschiedenen Besetzungen der vergangenen zwei Jahre zeigen, dass der Wunsch nach unkonventionell nutzbaren Räumen nach wie vor gross ist. Die SP/JUSO-Fraktion bittet den Stadtrat, auch diese Interessen im Sinne einer Stadt für alle zu berücksichtigen und ernst zu nehmen. Die SP/JUSO-Fraktion fordert, dass die Besetzung Auf Musegg 1 vorerst toleriert wird und der eingeschlagene Weg einer einvernehmlichen Lösung weiterverfolgt wird.

Sonja Döbeli Stirnemann dankt den Interpellanten für die Fragen, die dem Rat die Möglichkeit geben, darüber zu diskutieren. Es wird nicht erstaunen, dass die Sprechende die bürgerliche Sicht ihrer Vorredner aus der SVP- und CVP-Fraktion unterstützt. Für die Bürgerlichen ist Law and Order halt wichtig. Der Vollzug von Gesetzen ist Aufgabe der Exekutive. Deswegen war die FDP-Fraktion richtig stolz, als sie vom Ultimatum gegenüber den Besetzern hörte. In einer Gemeinschaft gelten Regeln, und diese Regeln gilt es einzuhalten und durchzusetzen. Umso mehr war die FDP-Fraktion enttäuscht, als später nichts mehr unternommen wurde. Schliesslich geht es um Delikte. Es geht um Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, Ruhestörung, allenfalls weitere. Der samtschuhartige Umgang mit den Besetzern ist für die FDP-Fraktion nicht nachvollziehbar.

Dass die Stadt, wie Marcel Lingg bereits sagte, mit den Steuergeldern sogar noch Strom und Wasser zahlt, gipfelt geradezu in Unverständnis.

Auch die FDP-Fraktion hat Zwischennutzungen unterstützt. Auch sie ist dafür, dass man alle möglichen Räume sinnvoll nutzt. Das Neubad ist ein gutes Symbol dafür. Das ging auch ohne Besetzung. Für Zwischennutzungen soll es Regeln geben, für politische Forderungen ebenfalls. Die anonymen, verummten Besetzer haben gegen eine Reihe von Gesetzen verstossen. Es ist Pflicht der Stadt, gegen die Verantwortlichen vorzugehen. Sonst fühlt sich ein Falschparker wirklich als Depp,

wenn er eine Busse zahlen muss. Vielleicht hatte er auch gerade keine Zeit, war in einer Notsituation, musste unbedingt etwas erledigen, hat keinen Parkplatz gefunden. Dann könnte er zum Stadtrat gehen und – die Sprechende zitiert aus der Antwort – «nicht aggressiv» fragen, ob er nicht doch das Auto hierlassen dürfe. Es ist für die FDP-Fraktion unverständlich, dass die illegale Besetzung so vonstattengeht, obwohl auch die Anwohner sich daran stören. Dass diese sich stören, kann sich die Sprechende gut vorstellen. Es stört, wenn man draussen sitzt, in Ruhe einen Kaffee trinken will, und nebenan wird Tohuwabohu gemacht und es werden Transparente am Gebäude aufgehängt. Da fühlt man sich nicht mehr wohl. Die Anwohnenden sind Leute, die schon ewig dort wohnen, Steuern zahlen und nette Bürger sind. Es ist die Pflicht des Stadtrates, sie zu schützen. Den Schimmel hat man vor ungefähr neun Jahren festgestellt. Der Stadtrat hatte offenbar keine Zeit, sich darum zu kümmern. Jetzt hat er aber offenbar sehr viel Zeit, mit den Besetzern zu sprechen. In dieser Zeit hätte man organisieren können, dass der Schimmel entfernt wird und man mit der Lokalität etwas machen kann. Die Prioritätensetzung ist für die FDP-Fraktion etwas fragwürdig. Deshalb fordert sie den Stadtrat auf, die Situation auf der Musegg umgehend zu klären.

Judith Wyrtsch: Hinter der Besetzung steht die Frage, wie die Stadt mit leer stehenden Immobilien und Räumen umgeht. Die muss man sich gefallen lassen. An die Informationen könnte man auch anders kommen als durch eine Hausbesetzung. Die Art und Weise des anonymen Vorgehens stellt die GLP-Fraktion infrage und sieht sie als klar illegal an.

Zur persönlichen Betroffenheit: Die Mitglieder der GLP-Fraktion hatten direkten Kontakt mit den Anwohnern. Die Besetzung wird unterschiedlich erlebt. Einige Anwohner empfinden starke Bedrohung und ein Bedrängnisgefühl, das sicher sehr unangenehm ist und das man ernst nehmen muss. Andere sagen, dass die Besetzer grundsätzlich friedlich seien, die Situation nun aber ein Ende haben müsse. Bis jetzt unterstützt die GLP-Fraktion die versuchte friedliche Auseinandersetzung mit den Besetzern. Es müssen jetzt aber wegweisende Schritte eingeleitet werden, die auch für zukünftige Besetzungen ein Zeichen setzen sollten.

Irina Studhalter möchte noch einmal kurz auf ihre bürgerlichen und GLP-Vorredner und -rednerinnen reagieren. Sie fragt sich, was diese in den Antworten des Stadtrates genau gelesen haben. Sie selbst hat etwas anderes gelesen. In der Antwort auf die Interpellation 198 steht: «Dabei sind [die Besetzenden] nie aggressiv aufgetreten, [...] wurden Regeln [...] vereinbart. Diese haben sie eingehalten.» Hier im Rat wurde soeben ein Bild gezeichnet von kriminellen Leuten, die Transparente aufhängen, sodass man draussen keinen Kaffee mehr trinken kann. Die Sprechende kann sich nicht vorstellen, wie man von Transparenten so eingeschüchtert sein kann. Wenn sie an einer Baustelle vorbeiläuft, bei der das Logo einer Baufirma am Gerüst hängt, hat sie auch keine Angst. Die Sprechende dankt Yannick Gauch für das schöne Bild eines kulturell genutzten Autos. Sie möchte anfügen: Parkplätze werden über ein Reglement geregelt; der Vergleich ist einfach an den Haaren herbeigezogen. Wichtig ist ihr, dass der Kompromiss gesucht wurde, es wurden Regeln aufgestellt, diese Regeln wurden eingehalten. Sie möchte verhindern, dass nicht ein Gangsterbild gemalt wird, das nicht Fakt ist.

Letztlich findet die Sprechende als Politologin die Ausgangslage spannend. Die Besetzung ist ein politisches Statement. Was die Besetzerinnen und Besetzer machen, ist Politik. Die Sprechende

findet es spannend und zugleich ein bisschen alarmierend, wenn in einem Grossen Stadtrat die Hände verworfen werden, an einem Ort, wo ebenfalls Politik gemacht wird.

Luzia Vetterli ist – zumindest auditive – Anwohnerin. Ihre neue Wohnung ist zirka 200 m vom Ort der Besetzung entfernt, und sie hat noch nie irgendetwas gehört. Deshalb ist ihr Verdacht – dieser mag unbegründet sein, vielleicht aber auch nicht –, dass sich die Nachbarn viel mehr an dem Phänomen stören, das Sonja Döbeli so gut beschrieben hat. Sie sitzen in ihrem schön geputzten Garten, während nebenan doch tatsächlich ein Transparent hängt oder jemand vorbeigeht, der anders aussieht als die Nachbarn, die sonst durch das Quartier spazieren. Daran kann man sich stören, aber berechtigt ist es nicht. Man hat als Nachbar grundsätzlich keinen Einfluss darauf, wie sich die Nachbarn kleiden, was an ihrer Hauswand hängt oder wie ihr Garten möbliert ist, unabhängig davon, ob die Nachbarschaft besetzt ist oder nicht. Das ist nun mal die Regelung, wie sie in der Schweiz gilt. Am Lärm kann es nicht liegen, dass sich die Anwohnerinnen und Anwohner – die Sprechende nimmt an, dass es eher wenige sind – an der Besetzung stören.

Die Sprechende möchte etwas zum recht absurden Vergleich zwischen dem Parkplatz, der länger genutzt wird, und der Besetzung sagen. Das ist einfach nicht dasselbe. Beim Parkplatz geht es um öffentlichen Grund, der von Staates wegen allen zur Verfügung stehen soll. Entsprechend sind Regeln definiert, wie und wann man ihn benutzen darf. Die besetzte Liegenschaft ist kein öffentlicher Grund. Es ist eine private Liegenschaft der Stadt. Die Stadt kann völlig frei entscheiden, was sie duldet und was nicht. Es gibt keine Pflicht, wie sie Sonja Döbeli herbeizureden versucht, Straftaten verfolgen zu müssen. Nein: Sachbeschädigungen, Hausfriedensbruch usw. sind alles Antragsdelikte. Der Eigentümer einer Liegenschaft kann völlig frei entscheiden, ob er einen Strafantrag stellen möchte oder nicht. Wenn er die Besetzung dulden will, ist es die Entscheidung eines privaten Eigentümers. Man kann ja auch keinem privaten Eigentümer eines besetzten Hauses vorschreiben, dass er etwas dagegen machen müsse. Das ist bei der Stadt nicht anders.

Fabian Reinhard: Hausfriedensbruch ist ein Delikt, zwar ein Antragsdelikt, aber dennoch ein Delikt. Der Geschädigte entscheidet, ob er Strafantrag stellen will oder nicht. Das ist nun vermutlich das erste und einzige Mal, wo der Sprechende Luzia Vetterli im Rat korrigieren muss: Es geht um einen Strafantrag und nicht um eine Strafanzeige. Hausfriedensbruch bleibt ein Delikt. Der Sprechende nimmt die Besetzer nicht als politische Akteure wahr, in dieser Hinsicht muss er der Vorrednerin widersprechen. Zum Ablauf und zur Regel der politischen Auseinandersetzung gehört ganz zentral, dass man sein Gesicht zeigt und seinen Namen nennt. Politische Debatten können nicht mit Leuten geführt werden, die ihr Gesicht nicht zeigen und die nicht bereit sind, mit ihrem Namen für etwas einzustehen. Das ist keine politische Auseinandersetzung und keine politische Diskussion.

Illegale Besetzungen schaden dem legitimen Anliegen sinnvoller Zwischennutzungen. Man kann diese beiden Nutzungsarten nicht miteinander vergleichen. Es wurde schon mehrmals gesagt: Die FDP-Fraktion ist für sinnvolle und legale Zwischennutzungen.

Agnes Keller-Bucher äussert sich zu Yannick Gauchs Aussage, die Stadt habe eine Vorbildfunktion. In unmittelbarer Nähe der besetzten Räumlichkeiten sind Time-out-Klassen einquartiert. Die Sprechende hält nichts davon, den Schülerinnen und Schülern ein «Vorbild» vor die Nase zu setzen, das demonstriert, wie einfach es ist, zu machen, was man will, auch wenn es illegal ist.

Jules Gut wohnt als Privatperson zwar hinter der Stadtmauer, aber immerhin noch im selben Wahlkreis. Er äussert sich zum Vorwurf, es sei unerhört, dass die Besetzer auf Kosten der Stadt Wasser und Strom beziehen. Wenn man die Nutzung im Detail anschaut – der Stromverbrauch eines Haushaltes beträgt rund 2000 kWh pro Jahr – ergibt sich, gerechnet mit Luzerner Wasserstrom gemäss aktuellem Tarif der ewl von heute Morgen, ein Betrag von ungefähr zehn Franken pro Monat. Um den Wasserverbrauch ebenfalls abzudecken, verdoppelt der Sprechende diese zehn Franken und übergibt der offiziellen Stadt Luzern in seinem Namen als Jules Gut 20 Franken für einen Monat Wasser und Strom.

[Der Sprechende übergibt dem Stadtrat eine 20er-Note. Dieser bedankt sich.]

Katharina Hubacher erinnert die laufende Diskussion an Sendungen zu den 68ern, die sie während der letzten Wochen gehört hat. Auch damals wurden politische Zeichen gesetzt. Man hat Häuser besetzt, viel grössere als heute. Jetzt, 50 Jahr später, feiert man diese 68er und sagt: «Damals ist etwas passiert. Die haben ein Zeichen gesetzt. Es fand ein Aufbruch statt in unserer Gesellschaft.» Die Besetzung ist ein Relikt aus dieser Zeit. Es ist eine Möglichkeit, auf Missstände aufmerksam zu machen. Wenn eine Stadt es nicht fertigbringt, den Raum so zu sanieren, dass man ihn wenigstens für ein Atelier oder eine andere Zwischennutzung zur Verfügung stellen kann, ist das ein Armutszeugnis. In dieser Hinsicht ist die Sprechende derselben Meinung wie Sonja Döbeli. Es gibt Leute, junge und vielleicht auch ältere, die das ändern wollen. Das ist doch legitim. Die Sprechende findet diese Aufregung in Anbetracht der historischen Gegebenheiten etwas speziell

Peter With: Es gibt Juristen im Ratssaal, welche die Meinung vertreten, Transparente aufhängen sei kein Problem, das könne man an jeder Hausfassade tun, wenn man wolle. Das ist natürlich nicht so. Der Sprechende nimmt an, dass die Baudirektorin dazu etwas sagen wird. Die SVP-Fraktion stört die Ambivalenz des Stadtrates. Einerseits geht er bis vor Bundesgericht, wenn jemand farbige Lämpchen in die Fenster eines Hotels hängt, auf der anderen Seite stehen die Transparente, die als unproblematisch erachtet werden. Die Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen setzt das Reglement manchmal knallhart durch, mit Briefen, Fristen und Kostenfolgen. Alle Parteien von links bis rechts durften das bereits am eigenen Leib erfahren. Aber bei einer Hausbesetzung drückt man beide Augen zu.

Der Sprechende möchte Jules Gut recht herzlich für die 20 Franken danken. Die Strom- und Wasserkosten hat er damit übernommen. Es kommen noch verschiedene Posten hinzu: Mietkosten, Gebühren für ein nachträgliches Baugesuch für die Transparente, allfällige Kosten, die durch Immissionen gegenüber den Nachbarn anfallen. Der Sprechende hofft, dass Jules Gut das Portemonnaie noch etwas weiter aufmacht, wenn es zu richtigen Kosten kommen sollte, die man ernsthaft und ehrlich den Besetzern weiterverrechnen würde.

Baudirektorin Manuela Jost dankt für die Fragen und Bemerkungen. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass es ein Thema ist, das bewegt. Die ganze Diskussion wird leider manchmal etwas ideologisch geführt. Der Stadtrat ist froh, dass er nun Auskunft geben kann. Er ist auch froh, dass Medienvertreter anwesend sind. Die Sprechende hofft, dass diese den Stadtrat in der Berichterstattung korrekt wiedergeben. Die Besetzung und deren Konsequenzen nimmt der Stadtrat absolut ernst. Es ist völlig klar, dass eine Besetzung nicht legal ist. Die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit ist dem Stadtrat wichtig. Die Sprechende gibt den Kritikern recht, auch sie findet es nicht gut, wenn Räume leer stehen. Der Stadtrat hat erst mit dem Budget 2015 die Mittel bekommen, um das Sanierungskonzept angehen zu können. Sie räumt ein, dass Unterhalt und Sanierung der Gebäude keine Priorität hatten. Aber der Stadtrat ist nun dran. Den betroffenen Raum kann man eben nicht so locker als Zwischennutzung freigeben. Es ist leider so, dass eine Sanierung gemacht werden muss. Der Stadtrat nimmt die verschiedenen Bedürfnisse sehr ernst, auch die Bedürfnisse nach Freiraum. Es ist gut zu hören, dass alle hinter der Politik des Freigebens von Räumen für Zwischennutzungen stehen. Den Vorwurf, dass der Stadtrat die Nachbarschaft nicht ernst nehme oder gar ignoriere, weist die Sprechende in aller Form zurück. Der Stadtrat war von Anfang an in sehr engem Kontakt mit den Betroffenen. Er hat auch sofort auf ein zweites Schreiben reagiert. Bei den tatsächlichen Anrainern gibt es zwei Lager, und der Stadtrat ist mit beiden im Gespräch. Die einen haben Schwierigkeiten mit der Besetzung, fühlen sich bedroht, kritisieren die Unruhe im Quartier und das Vorgehen des Stadtrates. Es gibt auch Anrainer, die das Vorgehen des Stadtrates unterstützen und in dieser Situation weniger eine Bedrohung sehen.

Zum Ultimatum: Der Stadtrat ist froh, dass er Klarheit schaffen kann. Es ging eben nicht um ein Ultimatum im Sinne eines Ultimatums, sondern um eine Frist. Diese muss ein Grundeigentümer stellen, wenn er sich für weitere rechtliche Schritte alle Optionen offenhalten will. In diesem Sinne hat man der Gruppe die Möglichkeit zum freiwilligen Abzug gegeben, um im Gegenzug von rechtlichen – nicht strafrechtlichen – Schritten abzusehen.

Der Stadtrat hat sich des Themas sofort angenommen, weil es eine politische Komponente enthält. Er hat sich auch in seiner ersten Sitzung nach den Osterferien wieder mit dem Thema beschäftigt. Ziel war es nicht, den staatsrechtlichen Zustand unmittelbar wiederherzustellen, sondern den erfolgversprechendsten Weg zu finden, die Situation zu klären. Das hat überhaupt nichts mit Willkür zu tun, sondern das ist die Frage, die man sich in jeder Situation stellen muss. Dem Stadtrat sind das Prinzip der Verhältnismässigkeit und das Vorgehen mit Augenmass wichtig. Er setzt auf deeskalierende Massnahmen. Er ist deshalb auch zum Schluss gekommen, dass er den Weg der einvernehmlichen Lösung gehen will. Der Stadtrat führt im Moment Gespräche und hat deshalb gesagt, er verzichte momentan auf eine Strafanzeige. Er ist zuversichtlich, dass es zu einer Lösung kommt.

Die betroffene Parkanlage auf Musegg ist eine öffentliche Parkanlage. Es hat im Sommer oder wenn es wärmer wird immer viele Leute, seien es Schülerinnen und Schüler aus der Nähe, Luzernerinnen und Luzerner, Gäste aus dem In- und Ausland. Es ist ein sehr beliebter Ort, der belebt ist, unabhängig davon, ob eine Besetzung im Gange ist oder nicht. Das ist für die Nachbarn nicht immer einfach und wird nun in diesem Kontext kritisiert. Aber der Stadtrat ist der Meinung, dass er das beibehalten will.

Die Sprechende bedankt sich bei Jules Gut für die Zahlung der 20 Franken, die sie der Immobilienabteilung weitergeben wird. Seitens der Besetzergruppe wurde die Bereitschaft geäußert, die Kosten zu übernehmen. Aber weil der Raum in diesem Zustand nicht für eine Zwischennutzung geeignet ist, trägt der Stadtrat die minimalen Kosten selbst.

Zum weiteren Vorgehen: Es wird eine einvernehmliche Lösung geben. Auf ein genaues Datum möchte sich die Sprechende nicht festlegen. An Marcel Lingg gerichtet sagt sie, dass auch eine polizeiliche Räumung nicht auf Knopfdruck möglich ist. Eine solche liegt in der Kompetenz der Staatsanwaltschaft und der Luzerner Polizei. Die Polizei hat ihre eigene Taktik und löst solche Situationen nicht einfach so von heute auf morgen. Ganz abgesehen davon ist der Standort der Besetzung nicht gerade unproblematisch. Der Stadtrat kümmert sich auch um die Gespräche mit den Nachbarn. Er hat das Angebot gemacht, mit den Nachbarn zusammensitzten, um die Zeit bis zum Bestehen einer Lösung zu überbrücken. Bis jetzt wurde dieses leider nicht wahrgenommen.

Stadtpräsident Beat Züsli möchte etwas zum Thema der Handlungsfähigkeit bzw. der angesprochenen Handlungsunfähigkeit des Stadtrates sagen. Er betont, dass der Stadtrat jederzeit handlungsfähig war, weil er mit der zuständigen Stadträtin im Rahmen seiner Pikettregelung immer in Kontakt war. Das ist ja heute selbst aus den Ferien nicht mehr kompliziert. Der Stadtrat hatte immer die Möglichkeit, einzugreifen, falls es nötig gewesen wäre. Er hat in der Antwort die Möglichkeit des Zirkulationsbeschlusses dargelegt, der im Notfall eingesetzt werden kann. Der Sprechende möchte betonen, dass die im Rahmen der Pikettregelung anwesende Finanzdirektorin das Gespräch von Anfang an suchte. Verschiedentlich wurde die Situation so dargestellt, als ob man am Anfang nicht geredet habe und erst später im Sinne einer Kehrtwende in die Diskussion gegangen sei. Das stimmt so nicht. Der Stadtrat stellte auch kein Ultimatum mit Räumungsandrohung, sondern setzte eine Frist, nach deren Ablauf weitere rechtliche Schritte hätten eingeleitet werden können. Im Kontakt sah der Stadtrat dann, dass wenig Probleme – nicht keine – bestanden. Der Raum war nicht von 60 Leuten dauernd besetzt, sondern wurde teilweise sogar relativ bescheiden genutzt. Die aufgestellten Regeln, die auch die Baudirektorin erwähnte, wurden im Aussenraum meistens eingehalten. Aus Sicht der Gebäudeeigentümerin, der Stadt Luzern, ebenfalls wichtig ist die Tatsache, dass die Nutzung im angrenzenden Gebäude (Time-out-Klasse) zu keiner Zeit eingeschränkt war. Man kann daher nicht von einer Einschränkung oder Beeinträchtigung der eigenen Nutzung sprechen. Unter Berücksichtigung all dieser Aspekte schätzte und schätzt der Stadtrat eine polizeiliche Räumung als unverhältnismässig ein, selbst wenn festzustellen ist, dass die Besetzung illegal ist. Der Stadtrat sucht deshalb nach einer Lösung für die Situation, die selbstverständlich im Sinne der Nachbarschaft sein soll.

Der Sprechende möchte noch grundsätzlich sagen, dass die Stadt Luzern im Umgang mit Hausbesetzungen seit mehreren Jahrzehnten eine Kultur hat, bei der man miteinander spricht. Er ist der Meinung, dass die Stadt mit dieser Strategie gut gefahren ist. Sie hat jedenfalls nicht dazu geführt, dass es in der Stadt Luzern überdurchschnittlich viele Hausbesetzungen gibt.

Die Interpellation 197 ist somit erledigt.

- **Dringliche Interpellation 198, Marcel Lingg und Urs Zimmermann namens der SVP-Fraktion vom 16. April 2018:
Hausbesetzung Auf Musegg 1**

Die Diskussion zu dieser Interpellation fand zusammen mit jener zur Dringlichen Interpellation 197 statt, siehe oben.

Die Interpellation 198 ist somit erledigt.

- 11 Postulat 172, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 21. Dezember 2017:
Senkung der Eintrittspreise für das Hallenbad**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Marco Müller möchte zu Beginn sachlich festhalten: Der Eintrittspreis im städtischen Hallenbad ist in den letzten fünf Jahren von 8.50 Franken – das war der Eintrittspreis im Hallenbad Biregg – auf 12 Franken angestiegen. Das entspricht einer Erhöhung um 40 Prozent, was ein enormer Preisanstieg ist, der auch mit den Argumenten der grösseren Wasserfläche und längeren Öffnungszeiten schlicht nicht zu rechtfertigen ist.

Das Hallenbad ist zwar eine AG, gehört aber zu 100 Prozent der Stadt Luzern. Mit der Leistungsvereinbarung kann die Stadt bestimmen, wie hoch die Subventionen für das Hallenbad ausfallen. In den letzten Jahren hat die Stadt ihren Beitrag kontinuierlich reduziert, und das Hallenbad weist heute einen Selbstfinanzierungsgrad von über 70 Prozent auf. Das ist zwar erfreulich, aber man muss sich auch überlegen, welche Funktion ein Hallenbad hat.

Früher hiessen öffentliche Bäder «Volksbad». Das zeigt die Idee dahinter wunderbar auf. Nämlich, dass sie der Allgemeinheit gehören, für alle zahl- und besuchbar sein müssen. Beim Lesen der Antwort des Stadtrates empfindet der Sprechende ein Befremden. Der Stadtrat ist nicht bereit, für zahlbare Eintrittspreise für alle im Hallenbad zu sorgen. Für die meisten Anwesenden sind 12 Franken für eine erwachsene Person nicht viel. Aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt sind in derselben Situation. Für Personen mit knappem Haushaltsbudget, das zusätzlich belastet wird durch Krankenkassen, die immer teurer werden, reduzierte Prämienverbilligungen und teure Wohnungen, sind 12 Franken Eintritt enorm viel. Sie müssen sich gut überlegen, wie häufig ein Besuch des Hallenbades drinliegt.

Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen sich die Frage stellen, was ihnen ein Eintritt ins Hallenbad wert ist, und vor allem, wie stark die Stadt Luzern einen solchen Eintritt subventionieren soll. Man kann die Meinung vertreten, ein hoher Selbstfinanzierungsgrad sei wichtig. Die G/JG-Fraktion hat hier aber eine andere Ansicht. Erstens ist das Hallenbad ein Grundpfeiler der Sportförderung. Jede Person, die ins Hallenbad geht, tut körperlich etwas Gutes. Es gibt ein grosses öffentliches Interesse an einer gesunden Stadtbevölkerung. Zweitens zum Sicherheitsaspekt: Man

liest jedes Jahr von vielen Menschen, die beim Baden und Schwimmen ertrinken. Mit dem Hallenbad hat die Stadt eine Einrichtung, bei der eine hohe Sicherheit sichergestellt ist. Das muss der Stadt etwas wert sein. Der dritte Punkt betrifft das gesellschaftliche Leben im Hallenbad. Das Hallenbad hat diesbezüglich eine wichtige Rolle – es ist ein Ort, wo man Kontakte pflegt. Die G/JG-Fraktion ist der Meinung, dass es an der Pflege dieses Sachverhalts ein öffentliches Interesse gibt. Ein Besuch des Hallenbades darf kein Luxus sein. Im Vergleich mit anderen Städten ist es aber im Moment ein Luxus. Der Sprechende möchte an dieser Stelle noch einmal erwähnen, dass der Eintritt in ein städtisches Hallenbad in Bern 8 Franken, in Zürich 7 Franken beträgt. Weshalb die Stadt Luzern um 50 Prozent höhere Eintrittspreise hat, ist ihm schlicht ein Rätsel. Es zeigt, dass der Eintritt ins Hallenbad in der Stadt Luzern ein Luxus ist. Der Sprechende ist der Meinung, dass die Stadt im Falle einer Ablehnung des Postulats ein enorm schlechtes Signal an die Bevölkerung sendet, indem sie dadurch beteuert, dass die Eintrittspreise in Ordnung sind und nicht geändert werden müssen.

Gerade in den letzten Tagen hat die Stadt kommuniziert, dass sie im letzten Jahr einen wunderbaren Gewinn von 19 Mio. Franken erzielen konnte. Das Jahr zuvor waren es 37 Mio. Franken. Der Sprechende findet es ein arrogantes Signal an die Bevölkerung, wenn die Stadt vor diesem Hintergrund die Subventionen nicht erhöhen und den Eintrittspreis nicht senken will. Er glaubt, dass eine Volksinitiative, die eine Preissenkung verlangt, unter diesen Umständen sehr gute Chancen hätte. Im Zusammenhang mit der Sportcard möchte der Sprechende darauf hinweisen, dass immer wieder angeführt wird, der Eintrittspreis werde durch die Sportcard stark subventioniert. Die Sportcard ist aber überhaupt nicht bewohnerinnen- und bewohnerfreundlich. Damit man einen reduzierten Eintritt lösen kann, muss man pro Person eine Sportcard haben. Diese ist nicht übertragbar. Pro erwachsene Person muss mindestens 100 Franken auf die Sportcard geladen werden, pro Kind 50 Franken. Wenn also eine vierköpfige Familie mit wenig Geld einmal ins Hallenbad geht, muss sie 300 Franken hinlegen, sodass sie vom vergünstigten Preis von 9.50 Franken für einen Erwachsenen profitieren kann. Man stelle sich vor, beim Zücken der Supercard oder der Cumuluskarte im Coop oder in der Migros hiesse es: «Ach Herr Müller, laden Sie zuerst 300 Franken Guthaben darauf, sonst können Sie leider von diesem Angebot nicht profitieren.» Für die Menschen, die wirklich darauf angewiesen sind, ist das eine rechte Stange Geld, und das ist sehr stossend. Ebenfalls stossend ist, dass die Kulturlegi im Hallenbad nicht akzeptiert wird. Die Kulturlegi ist für Menschen gedacht, die Ergänzungsleistungen oder wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen. Zahlreiche andere öffentliche und private Einrichtungen gewähren diesen Personen einen Rabatt. Im Hallenbad hingegen gilt die Kulturlegi nicht.

Der Sprechende findet es unglaublich bedenklich, wenn man 12 Franken Eintritt – 50 Prozent mehr als in Bern, 50 Prozent mehr als in Zürich, fast 50 Prozent mehr als in den umliegenden Gemeinden – in Ordnung findet. Wer darunter vor allem leidet, sind Menschen, die sich den Eintritt nicht leisten können. Diese momentanen Zustände in der Stadt Luzern stimmen den Sprechenden bedenklich. Er bittet die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, über ihren Schatten zu springen und Hand zu bieten für eine Lösung. Man muss diesen Menschen entgegenkommen und den Eintrittspreis auf das frühere Niveau und das Niveau der umliegenden Gemeinden und anderer Städte senken.

Jules Gut: Das Thema ist ja nicht neu. Der Grosse Stadtrat hat bereits im letzten Jahr darüber debattiert, und der Standpunkt der GLP-Fraktion hat sich nicht verändert. Die Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass es zielführender ist, die Frage regional zu lösen. Es gab neben der Sportscard ein Projekt zur Schaffung gemeinsamer Tickets bzw. eines gemeinsamen Einheimischentarifs im regionalen Verbund. Als Rückmeldung an Marco Müller merkt der Sprechende an, dass man die Spielregeln der Sportscard ändern könnte, das fände die GLP-Fraktion einen zielführenden Weg. Aus Sicht des Sprechenden ist die Karte jedoch heute schon unkompliziert, er hat selber eine solche Karte. Die Digitalisierung bringt hier sicher neue Möglichkeiten.

Für die Familie des Sprechenden, die im nördlichen Teil der Stadt wohnt, ist der Weg ins Mooshüsli in Emmen viel näher als der Weg in die Allmend. Der Sprechende ist jeden Freitag im Mooshüsli, auf der Allmend war er erst ein Mal. Dasselbe gilt auch für Littauer und Reussbühler, und die Diskussion könnte man in der Stadt auch auf das Würzenbachquartier ausweiten. Der Sprechende nimmt nicht an, dass ein Würzenbächler am Nachmittag um 16 Uhr quer durch die Stadt fährt, um ins Hallenbad Allmend zu gehen.

Für die GLP-Fraktion ist es keine Option, mit einer kurzfristigen Preisreduktion politische Mehrheiten abzuholen. Aber auch sie ist – das hat sie schon mehrmals gesagt – sehr daran interessiert, dass die Stadt zusammen mit den Agglomerationsgemeinden endlich einen flächendeckenden Einheimischentarif umsetzt. Aus Sicht der GLP-Fraktion müsste dies mit den Möglichkeiten einer Sportscard möglich sein, die man offenbar noch vereinfachen könnte. Gleichzeitig hat die GLP-Fraktion eine Frage zuhänden des Stadtrates: Was ist der Stand des gemeinsamen Einheimischentarifs? Inoffiziell hat der Sprechende vernommen, dass dieses Projekt klammheimlich beerdigt wurde. Ist dies zutreffend, oder kann man damit rechnen, dass es doch noch irgendwann zum Fliegen kommt?

Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat 172 wie der Stadtrat ab.

Sandra Felder: Mit dem B+A 34 hat das Parlament dieses Anliegen bereits am 14. Dezember 2017 ausführlich diskutiert. Die Sprechende versteht, dass Marco Müller nicht zufrieden ist mit der Antwort.

Die FDP-Fraktion ist aber einverstanden mit dem Stadtrat. Wie bereits im Dezember gesagt, finden Kinder, Familien und v. a. auch Jugendliche in der Stadt Luzern im Sommer eine attraktive Möglichkeit zum Gratischwimmen bei der Ufschötti. Auch andere Plätze direkt am See laden zum Baden ein.

Die Stadt Luzern hat ein gutes und tolles Hallenbad, und das hat für alle seinen Preis. Der genannte Preis von 8.50 Franken von anno dazumal ist definitiv verjährt. Die maximale Besucherkapazität ist erreicht, und dementsprechend macht eine Senkung auf den damaligen Preis keinen Sinn.

Schwimmen ist wichtig. Die Schulkinder dürfen deshalb mit dem Lernplan 21 öfter ins Hallenbad, selbstverständlich gratis. Weitere tolle Angebote der Dienstabteilung Kultur und Sport der Stadt Luzern werden ebenfalls angeboten, inkl. Schwimmkurse in den Schulferien. Auch dank der verschiedenen Vereine wie Blauring, Pfadi und diversen Sportvereinen steht den Kindern in der Stadt Luzern eine breite Palette an Bewegungsmöglichkeiten zur Auswahl.

Den Preis für alle Einzeleintritte giesskannenmässig zu senken, findet die FDP-Fraktion klar falsch. Sie steht absolut hinter der Antwort des Stadtrates und auch hinter der Haltung der Hallenbad Luzern AG.

Die FDP-Fraktion dankt für die entsprechende Antwort und lehnt das Postulat ab.

Peter Gmür: Dass es für eine Minderheit zu viel ist, für eine Sports card 100 Franken auf einmal zu bezahlen, ist sozialpolitisch sehr wohl nachvollziehbar. Das Beispiel von Marco Müller hat es gezeigt; es ist ein teurer Spass. Aber dass man deshalb den Preis auf das Niveau des Biregghallenbades der 70er- oder 80er-Jahre senken sollte, ist alles andere als zielführend. Der Sprechende stellt fest, dass nur eine kleine Minderheit mit dem Preis Probleme hat. Die Sports card ist im Sinne der Unterstützung des Einheimischentarifs zu begrüssen. Der Vergleich mit anderen Städten hinkt ein wenig. Wenn man die sechs grossen Deutschschweizer Städte anschaut, ist das Hallenbad Luzern zurzeit das modernste und neuste Hallenbad. Es bietet infrastrukturell effektiv am meisten. Alle anderen Städte sind zwar günstiger als Luzern, haben aber eine schlechtere Infrastruktur. In gewissen Hallenbädern muss man sogar für das Duschen bezahlen. Die Preisgestaltung liegt in der Kompetenz der Geschäftsleitung, das ist klar und wurde das letzte Mal bereits gesagt. Der Rat hat das letzte Mal auch gehört, was es etwa kosten würde, wenn man alle Preise senken würde, nämlich etwa 300'000.– bis 500'000.– Franken mehr pro Jahr, welche die Stadt dem Hallenbad zahlen müsste. Das Hallenbad ist ein riesiger Erfolg. Es gibt Tage, da ist es aus Sicherheitsgründen ausgebucht. Der Sprechende fragt sich, ob es zielführend ist, wenn das Hallenbad einmal pro Woche ausgebucht ist. Er weiss nicht, ob das letztendlich im Sinne des Motionärs ist.

Über die 100 Franken betreffend Sports card kann man sicher sprechen. Warum nicht die Sports card mit 50 Franken aufladen? Das könnte eine Möglichkeit sein. Man kann selbstverständlich auch über die Legikarte sprechen, die vorhin angetönt wurde. Allenfalls müsste man diesbezüglich mit dem Hallenbad ins Gespräch kommen, um einen Kompromiss zu finden. Aber letztendlich ist die Preispolitik des Hallenbades gut. Die CVP-Fraktion ist einverstanden damit.

Die CVP-Fraktion folgt dem Stadtrat und lehnt demzufolge die Motion ab.

Lisa Zanolla: Die SVP-Fraktion unterstützt die Meinung des Stadtrates in seiner Antwort. Der Postulant fordert den Stadtrat auf, zu prüfen, ob der Einzelpreis im Hallenbad gesenkt werden kann. Die unternehmerischen Freiheiten, auch von stadteigenen Betriebsgesellschaften, sind zu akzeptieren. Die SVP-Fraktion ist froh, dass der Stadtrat dies ebenfalls so sieht. Mit B+A 34/2017 beschloss das Parlament, dass die Hallenbad Luzern AG für die Betriebsführung zuständig sein soll. Schwimmen ist wichtig. Es gibt aber viele Ausweichmöglichkeiten für Menschen, die sich den Eintrittspreis ins Hallenbad nicht leisten können. Es gibt viele Freizeitangebote, die sich Menschen mit wenig Geld nicht leisten können. Die Sprechende denkt ans Kino oder ans Museum. Hier wird auch nicht einfach die öffentliche Hand um eine Senkung gebeten.

Wenn man schon von einer Preissenkung spricht, könnte man sich überlegen, die Parkgebühren beim Hallenbad zu senken. Im Übrigen wurde bei der Beratung des B+A «Badeanlagen der Stadt Luzern II, Subventionsvertrag mit Leistungsauftrag» eine Protokollbemerkung in der Kommission wie auch im Rat abgelehnt. Aus diesem Grund unterstützt die SVP-Fraktion die Antwort des Stadtrates und teilt seine Meinung.

Luzia Vetterli: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats, mehrheitlich mit den Argumenten von Marco Müller. Sie hat Mühe damit, dass der Hallenbadeinritt zwar für viele Anwesende überhaupt kein Problem ist, dass man nicht zweimal darüber nachdenkt, dass aber ein grosser Teil der Bevölkerung zweimal überlegen muss, ob er sich das wirklich leisten kann. Auch das Problem mit der Sports card erkennt die SP/JUSO-Fraktion. Wenn das Postulat nicht überwiesen wird, erwartet sie vom Stadtrat zumindest, dass er das Problem mit der Hallenbad AG angeht. Die Sprechende muss Marco Müller in einem Punkt widersprechen: Die Kulturlegi gilt im Hallenbad, ausser die Homepage wäre derart veraltet. Für die Sprechende ist klar, dass das auch so sein muss.

Sie hat generell ein Problem mit dem hohen Preis. 12 Franken für einen Hallenbadeinritt erscheinen ihr absurd. Sie verbrachte in ihrer Jugend ein Austauschjahr in Neuseeland. Dort kostete jeder Hallenbadeinritt 2 Dollar, und die Sprechende glaubt nicht, dass es unterdessen so viel teurer wurde. Das war ihr sehr sympathisch. In Neuseeland ist das Schwimmen eine sehr beliebte Sportart, die von sehr vielen Leuten ausgeübt wird.

Zum Vergleich mit anderen Hallenbädern: Die Argumentation, das Hallenbad sei ultramodern und habe die beste Infrastruktur, versteht die Sprechende nicht. Das Hallenbad hat nicht einmal ein 50-Meter-Becken. Jedes neu gebaute Hallenbad in der Schweiz hat ein 50-Meter-Becken. Jedes Hallenbad hat auch ein Nichtschwimmerbecken, einen Whirlpoolbereich, ein Kleinkinderbecken und einen Sprungturm, oft in einem eigenen Becken. Inwiefern das Hallenbad Allmend so wahnsinnig toll sein und deshalb vier Franken mehr kosten soll, versteht die Sprechende beim besten Willen nicht.

Wenig Sympathie hat die SP/JUSO-Fraktion auch für das Governance-Argument, gemäss dem die Stadt der Hallenbad AG bei der Preisgestaltung nicht dreinreden soll. Die Sprechende hat Mühe damit, dass sich ein Grossteil des Parlaments widerspricht. Schliesslich hat der Grosse Stadtrat 2012 das Postulat von Laura Grüter betreffend die Preisgestaltung von Jahres- und Halbjahreskarten überwiesen. Das Hallenbad war damals schon eine AG, aber niemand hatte ein Problem damit, dass man bei der Preisgestaltung mitsprach. Dasselbe beim B+A 18/2012, «Badeanlagen der Stadt Luzern», dort sprach das Parlament ebenfalls über die Preisgestaltung. Wieso dies fünf Jahre später nicht mehr der Fall sein dürfte, versteht die Sprechende nicht. Auch inhaltlich ist es nicht logisch. Die Stadt subventioniert das Hallenbad jedes Jahr mit einem relativ grossen Betrag. Mit einer Subvention hängt eine Leistung und eine Leistungsvereinbarung zusammen. Für die Sprechende ist klar, dass die Preisgestaltung Teil dieser Leistungsvereinbarung ist. Wenn man viel subventioniert, soll man auch mitreden dürfen, wie viel die Nutzung des Angebots den Bürger und die Bürgerin kosten darf. Entsprechend wird die SP/JUSO-Fraktion das Postulat überweisen.

Noëlle Bucher: Man spricht davon, dass Schwimmen Spass macht, dass man es in seiner Freizeit machen kann, dass man auch in die Ufeschötti gehen kann. Oder man zieht den Vergleich mit Preissenkungen fürs Kino, fürs Museum oder für den Lunapark. So einfach ist das Ganze nicht. Schwimmen ist viel mehr als Spass: Schwimmen ist Gesundheits-, Bewegungs- und Sportförderung sowie soziale Integration. Schwimmen ist vor allem wichtig, damit Kinder das Bewusstsein für die Gefahren des Wassers kennenlernen. Mit Schwimmen ist ein Sicherheitsaspekt verbunden. Deswegen kann man nicht einfach alternativ zum Hallenbad in den See oder in die Ufeschötti gehen. Bevor die Sprechende mit ihren Kindern in die Ufeschötti geht, will sie, dass die Kinder die Grundregeln des Wassers im Hallenbad lernen.

Die Sprechende stellt die Frage, ob die Eintrittspreise bewusst hoch gehalten werden, um die Kapazitätsgrenze im Hallenbad Luzern nicht zu überschreiten. Falls die Hallenbad AG dies tut, findet die Sprechende es sehr bedenklich, weil es auf Kosten der sozial schwächer gestellten Familien passiert.

Marco Müller möchte auf einige Äusserungen Bezug nehmen. Dass man mittel- und längerfristig eine regionale Lösung finden will, damit ist er einverstanden. Zahlreiche Projekte in der Vergangenheit haben aber gezeigt: Wenn die Dringlichkeit nicht gross und keine schnelle Einigung in Sicht ist, dauert es Jahre, bis es eine Lösung gibt.

Der Sprechende hörte, man könne ja im Sommer gratis in die Ufeschötti. Er hat zwar selber keine Kinder, weiss aber von Familien, dass man im Sommer mit seinen Kindern draussen tausend Sachen machen kann, im Winter aber froh ist, wenn man ins Hallenbad gehen kann. Es geht niemand im Winter in die Ufeschötti. Man kann nicht Rüebli mit Bananen oder Äpfel mit Birnen vergleichen. Der Sprechende hörte ausserdem, es bestehe die Gefahr von Kapazitätsengpässen, wenn man die Preise reduziere. Es ist doch eigentlich ein Erfolgsrezept, dass ein grosses Interesse vorhanden ist. Er findet, dass man in eine andere Richtung gehen müsste: Wenn das Hallenbad Allmend an der Kapazitätsgrenze ist, müsste man sich z. B. im Rahmen von LuzernPlus Gedanken machen, ob man nicht gemeindeübergreifend in der Region (Luzern Ost, Maihof, Ebikon oder ähnlich) ein weiteres Hallenbad baut. Man kann sich doch nichts anderes wünschen, als dass die Bevölkerung rege ins Hallenbad geht. Die Infrastruktur muss zur Verfügung gestellt werden. Das Argument, nur eine kleine Minderheit, die es sich nicht leisten kann, sei betroffen, macht ihn wütend. Betreffend Infrastruktur hat es Luzia Vetterli auf den Punkt gebracht: Bei aller Freude am Neubau, verglichen mit anderen Hallenbädern, die 20 oder 30 Jahre älter sind, ist die Infrastruktur des Hallenbades Luzern im besten Fall durchschnittlich. Es ist traurig, dass es nur ein 25-Meter-Becken hat.

Stefan Sägesser: Es ist kein Grundbedürfnis, ein Hallenbad zu haben. Sport, Ernährung und Gesundheit liegen in erster Linie in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Dass man Angebote zur Verfügung stellt, findet der Sprechende gut. Aber die Stadt kann nicht jedes Angebot, das für den Menschen gut wäre, in unbeschränkter Menge subventionieren. Der Sprechende ist überzeugt, dass es für Leute, die wirklich kein Geld haben, andere Möglichkeiten gibt, ins Hallenbad zu gehen (Bsp. Kulturlegi). Wenn man sehr knapp bei Kasse ist, kann man sich bei der Stadt melden. Es gibt Sozialdienste, die allenfalls bei solchen Fällen greifen. Das meint der Sprechende überhaupt nicht

despektierlich. In diesem Zusammenhang müsste man sich grundsätzlich überlegen, welche Leistungen die Stadt gratis anbieten soll. Das wäre eine andere Diskussion.

Irina Studhalter findet die laufende Diskussion bezeichnend dafür, wie man mit Solidarität und Inklusion umgeht. Es geht um das ganz einfache Anliegen des Hallenbadzutritts für alle Gesellschaftsschichten und Milieus. Bei Argumenten wie «Wenn man die Preise heruntersetzt, ist das Hallenbad überfüllt» fragt sie sich, ob die Parlamentarierinnen und Parlamentarier Angst haben, dass Leute baden gehen, die es sich bis anhin nicht leisten konnten. Haben sie Angst, mit Leuten baden zu gehen, die weniger Geld haben? Oder stört es sie, wenn ein Angebot genutzt wird, wenn ein Rezept Erfolg hat? Wenn die Sprechende schwimmen geht und 45 Minuten ihre Runden dreht, ist es ihr egal, in welchem Jahr das Hallenbad gebaut wurde, solange das Wasser warm ist und sie den Eintritt zahlen kann. Zwölf Franken sind zwei Mittagessen an der Uni. Solidarität und Inklusion bedeutet nicht nur, gebrauchte Kinderspielsachen zu verschenken. Es ist nicht nur Plausch und Zuckerschlecken, sondern es bedeutet Arbeit und Aufwand und kann kurzfristig auch etwas kosten.

Stadtpräsident Beat Züsli: Auch dem Stadtrat ist es ein wichtiges Anliegen, die Zugänglichkeit zum Hallenbad für breite Bevölkerungsschichten gewährleisten zu können. Man muss etwas zurückblicken: Als klar war, dass das alte Hallenbad durch ein neues ersetzt wird, kam es zu politischen Diskussionen – der heutige Zustand ist die Einigung, die der Grosse Stadtrat damals getroffen hat.

Der Sprechende möchte auf den Governance-Aspekt in der Ablehnung des Postulats eingehen. Aus Sicht des Stadtrates ist dieser ein zentraler Punkt. Der Stadtrat befindet sich momentan in der Diskussion darüber, wie diese Beteiligungen grundsätzlich gesteuert werden sollen und wo das Parlament und die Exekutive welchen Einfluss nehmen können. Bezogen auf die Hallenbad AG sind im Subventionsvertrag wichtige Punkte festgehalten, die für die strategische Positionierung wichtig sind. Es geht um die Frage einer ausgeglichenen Rechnung, selbstverständlich unter Berücksichtigung des Subventionsbeitrages der Stadt. Zudem soll sich die Preispolitik an vergleichbaren Angeboten ausrichten. In der Diskussion hat man gemerkt, dass Vergleiche nicht einfach sind. Auch die kontinuierliche und kritische Überprüfung der Preise spielt eine wichtige Rolle. Die Kompetenz für die Festlegung des konkreten Eintrittspreises ist ganz klar auf die operative Ebene delegiert. Sie ist in der Kompetenz der Hallenbad AG. Das ist der erste Punkt, der für den Stadtrat dazu geführt hat, das Postulat abzulehnen.

Der Stadtrat lud die Hallenbad AG zu einer Stellungnahme ein. Sie legt aus Sicht des Stadtrates nachvollziehbar dar, dass es für das Preisgefüge schwierig wird, wenn man nur an einem Punkt – beim Einzeleintritt – zu schrauben beginnt.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass das attraktive Angebot, auch im Vergleich mit anderen Hallenbädern, den Preis rechtfertigt. In den fünf Jahren seit der Erstellung des Hallenbades gab es keine grossen Diskussionen und wenig Rückmeldungen bei der Stadt und bei der Hallenbad AG von Personen, die den Preis zu hoch finden. Die Akzeptanz des Preises ist gegeben. Die Besucherzahlen zeigen es. Selbstverständlich weiss der Stadtrat, dass die Kapazitätsgrenze teilweise erreicht ist. Es wurde die Frage gestellt wegen der Sports card auf der regionalen Ebene. Aus städtischer Sicht wäre das Projekt verfolgenswert gewesen, der Stadtrat hätte es gerne umgesetzt. In den Hallenbädern der anderen regionalen Beteiligten wären aber aufwendige Umrüstungen für die elektronische Erfassung nötig gewesen. Das war der Hauptgrund, weshalb das Projekt nicht weiterverfolgt werden konnte. Es hätte bei den anderen Hallenbädern zu erheblichen Kosten geführt, wenn man eine einheitliche Sports card hätte einführen wollen. Der Stadtrat ist bereit, diesen guten Ansatz wieder aufzunehmen.

Aus den beiden genannten Gründen – Governance-Aspekt und Gestaltung des angemessenen Preises – bittet der Stadtrat darum, das Postulat abzulehnen.

Christian Hochstrasser möchte auf den Governance-Aspekt eingehen. Er findet es speziell, wenn dieser der Hauptgrund für die Ablehnung des Postulats sein soll. Beim Vorstoss geht es nicht um die laufende Leistungsvereinbarung, die man bereits abgeschlossen hat und die gültig ist, sondern es geht um die Zukunft. Nach dem Grundsatz «Wer zahlt, befiehlt» ist klar, dass man für eine künftige Leistungsvereinbarung selbstverständlich sagen kann, welches die Rahmenbedingungen sind. Wenn der Sprechende es richtig im Kopf hat, zahlt die Stadt der Hallenbad AG jährlich 1,25 Mio. Franken. Wenn eine Preissenkung das Defizit vergrössert, muss in der Leistungsvereinbarung eben 1,35 anstatt 1,25 Mio. Franken stehen. Wenn die Stadt eine Leistung bestellt und bezahlt, kann sie die Bedingungen festlegen. Ob man die Preise senken will oder nicht, ist eine andere Frage. Aber zu sagen, die Stadt übertrage die Preisgestaltung automatisch an die Hallenbad AG, ist falsch. Es steht in der aktuellen Leistungsvereinbarung zwar so drin, aber bei einer zukünftigen Vereinbarung ist die Stadt völlig frei, sie so auszuhandeln, wie es ihr entspricht. Wenn die öffentliche Hand Millionenbeträge bezahlt, kann sie im Gegenzug sagen, welche Leistung sie dafür will. Anders ist es dort, wo es keine Leistungsvereinbarung gibt, wo der Stadt Luzern eine AG gehört und sie keinen näheren Bezug hat. Bei ewl zu sagen, der Gaspreis müsse um so und so viel sinken, ist etwas anders und macht keinen Sinn, weil ewl in diesem Bereich keine Leistungsvereinbarung mit der Stadt hat. Wenn hingegen eine Leistungsvereinbarung besteht, ist es die natürlichste Sache der Welt, im Gegenzug zu sagen, was man dafür will.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 172 ab.

**12 Interpellation 169, Simon Roth und Nico van der Heiden namens
der SP/JUSO-Fraktion
vom 14. Dezember 2017:
Auswirkungen der Statutenänderung von LuzernPlus auf die Stadt Luzern**

Simon Roth dankt dem Stadtrat für die Antwort. Er ist gespannt, wie sich LuzernPlus zukünftig zur Spange Nord positionieren wird.

Die Interpellation 169 ist somit erledigt.

Schluss der Sitzung: 11.40 Uhr

Luzern, 26. Juni 2018

Die Protokollführerin:



Andrea Müller

Eingesehen von:



Daniel Egli
Stadtschreiber-Stv.